

Vorwort	4
1 Rechtsextremismus	5
1.1 Entwicklungstendenz	5
1.2 "National-Freiheitliche"*	6
1.2.1 Deutsche Volksunion (DVU)	6
1.2.2 Deutsche Volksunion - Liste D (DVU-Liste D).....	6
1.3 "Nationaldemokratische" Organisationen	7
1.3.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	7
1.3.2 Parteiorganisation	7
1.3.3 Finanzierung	7
1.3.4 Publikationen	8
1.3.5 Beteiligung an Wahlen	8
1.3.6 Schwerpunkte der Parteiarbeit.....	8
1.3.7 Junge Nationaldemokraten (JN)	9
1.3.8 Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA)	9
1.4 Neonazistische Gruppen	9
1.4.1 "Die Bewegung"	9
1.4.2 "Gesinnungsgemeinschaft" um Jürgen MOSLER.....	10
1.4.3 "Gesinnungsgemeinschaft" um Michael KÜHNEN	10
1.4.4 Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP).....	11
1.4.5 Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers (KAH).....	12
1.4.6 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG)	12
1.4.7 Nationalistische Front (NF)	13
1.5 Rechtsextremistische Jugendorganisationen	14
1.5.1 Wiking-Jugend (WJ)	14
1.5.2 Bund Heimattreuer Jugend (BHJ).....	14
1.6 Rechtsextremistische Randgruppen	14
1.7 Rechtsextremistisches Schrifttum aus dem Ausland.....	15
1.7.1 "Sieg-Aktuell-Jugendpressediens"-Verlag, Lochau/Österreich	15
1.7.2 NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO), Lincoln/USA	15
1.8 Sonstige rechtsextremistische Aktivitäten	15
1.9 Rechtsextremisten und öffentlicher Dienst.....	16
2 Linksextremismus	20
2.1 Entwicklungstendenz	20
2.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP).....	21
2.2.1 Ziele	21
2.2.2 Parteiorganisation	22
2.2.3 Finanzierung	22
2.2.4 Publikationen	22

2.2.5 Betriebsarbeit.....	23
2.2.6 Schulung.....	24
2.2.7 Schwerpunkte der Parteiarbeit.....	24
2.3 DKP-orientierte Jugend- und Studentenorganisationen	27
2.3.1 Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend.....	27
2.3.2 Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus (MSB)	28
2.3.3 Junge Pioniere - Sozialistische Kinderorganisation (JP).....	28
2.4 DKP-beeinflußte Organisationen.....	29
2.4.1 Die Friedensliste (FL)	29
2.4.2 Deutsche Friedens-Union (DFU)	29
2.4.3 Demokratische Fraueninitiative (DFI)	30
2.4.4 Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK).....	30
2.5 Neue Linke	30
2.5.1 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD).....	30
2.5.2 Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)	31
2.5.3 Marxistische Gruppe (MG).....	31
2.6 Anarchismus	32
2.7 Linksextremisten und öffentlicher Dienst.....	33
3 Terrorismus	38
3.1 Entwicklungstendenz	38
3.2 Rote Armee Fraktion (RAF).....	38
3.3 Revolutionäre Zellen (RZ) und Rote Zora	39
3.4 Terroristisches Umfeld	40
3.5 Terroristische und sonstige politisch motivierte Gewalttaten.....	40
3.5.1 Ausgeführte Gewalttaten	40
3.5.2 Angedrohte Gewalttaten	41
4 Ausländerextremismus.....	44
4.1 Entwicklungstendenz	44
4.2 Türken	45
4.2.1 Extreme Nationalisten.....	45
4.2.2 Islamische Extremisten.....	46
4.2.2.1 Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V. (KAPLAN-Verband).....	46
4.2.2.2 Vereinigung der neuen Weltansicht in Europa e.V. (AMG T) ...	46
4.2.3 Orthodoxe Kommunisten	47
4.2.3.1 Kommunistische Partei der Türkei Einheit (TKP-B).....	47
4.2.3.2 Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei (GDF)...	47
4.2.3.3 Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei (TBKP).....	47
4.2.4 Neue Linke.....	47
4.2.4.1 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/M-L).....	47

4.2.4.2 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten Bolsevik (TKP/M-L B).....	48
4.2.4.3 Reaktionen auf den Evren-Besuch.....	48
4.3 Kurden.....	48
4.3.1 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).....	48
4.3.2 Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK).....	49
4.3.3 Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereine Kurdistans in der BRD e.V. (FEYKA-KURDISTAN).....	49
4.3.4 Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin e.V. (KOMKAR).....	50
4.3.5 Union der Studenten und Jugend Kurdistans in Europa (USJKE) ...	50
4.4 Iraner.....	50
4.4.1 Volksfedayin Iran (Mehrheit).....	50
4.4.2 Verein Iranischer Demokratischer Akademiker e.V. (VIDA).....	50
4.4.3 Monarchisten	51
4.5 Inder (Sikhs).....	51
4.6 Srilanker (Tamilen).....	52
4.7 Libanesen.....	52
4.8 Palästinenser	52
4.9 Jugoslawen	53
4.10 Iren.....	53
5 Spionageabwehr.....	55
5.1 Entwicklungstendenz	55
5.2 Zielrichtung/Zielobjekte	55
5.2.1 Politische Spionage	55
5.2.2 Militärspionage.....	56
5.2.3 Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage	56
5.3 Aufträge vorbereitender und unterstützender Art	58
5.4 Offenlegung nachrichtendienstlicher Kontakte	59
6 Maßnahmen im Bereich des Justizministers	61
6.1 Verfahren wegen rechtsextremistischer Aktivitäten.....	61
6.2 Verfahren wegen linksextremistischer Aktivitäten	61
7 Anhang.....	62
7.1 Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Parteien, neben- und beeinflusste Organisationen sowie deren Presseerzeugnisse	62
7.2 Übersicht über erwähnenswerte linksextremistische Parteien, neben- und beeinflusste Organisationen sowie deren Presseerzeugnisse	64

Vorwort

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, in diesem Jahr 40 Jahre in Kraft, brachte mit seinem Bekenntnis zum System der "streitbaren Demokratie" den institutionellen Verfassungsschutz. Seine gesetzlich fixierte Aufgabe ist es, Regierung, Parlament und Öffentlichkeit zuverlässig über die Entwicklungen im Bereich des Extremismus, des Terrorismus und der Spionage zu informieren und die Voraussetzungen für eine erfolgreiche - auch politisch-geistige-Bekämpfung dieser gegen die freiheitliche Demokratie in der Bundesrepublik gerichteten Aktivitäten zu schaffen. An herausragenden Ereignissen ist für das vergangene Jahr auf das besorgniserregende Erstarken des Rechtsextremismus und die internen Auseinandersetzungen im Bereich des orthodoxen Kommunismus hinzuweisen. Auch im Zuge von "Glasnost" haben die Bemühungen gegnerischer Nachrichtendienste nicht nachgelassen, im Gegenteil, ihre Bemühungen scheinen sich teilweise eher verstärkt zu haben, um den Abstand im technischen Wissen zu verringern. Im terroristischen Bereich hat es einen versuchten Mordanschlag gegeben. Weitere herausragende Ereignisse sind aus diesem Bereich erfreulicherweise nicht zu vermelden.



Herbert Schnoor

Dr. Herbert Schnoor
Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen

1 Rechtsextremismus

1.1 Entwicklungstendenz

Der organisierte Rechtsextremismus zeigte 1988 nach Jahren der Stagnation in Nordrhein-Westfalen eine deutliche Aufwärtsentwicklung. Die Zahl der Mitglieder rechtsextremistischer Parteien und Organisationen stieg auf ca. 4.600 (1987: 4.000), davon ca. 1.000 Mitglieder der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), ca. 2.500 der Deutschen Volksunion (DVU) und ca. 800 der Deutschen Volksunion-Liste D (DVU-Liste D). Der Anteil der aktiven Neonazis liegt nach Abzug der Doppelmitgliedschaften bei ca. 240 (1987: 220), hinzu kommen 50 der Nationalistischen Front (NF).

Zum "organisierten Rechtsextremismus" zählen die Parteien, Organisationen und Einzelpersonen, deren Selbstverständnis und Aktivitäten geprägt sind durch:

- Völkischen und rassistischen Kollektivismus. Der einzelne soll nach dem Schlagwort "Du bist nichts, Dein Volk ist alles" Wert und Würde aus der Zugehörigkeit zu seinem Volk, seiner Nation oder seiner Rasse beziehen.
- Übersteigerten Nationalismus auf völkischer oder rassistischer Grundlage. Die eigene Nation, das eigene Volk und die Rasse, die es vermeintlich prägt, werden als höherwertig, als zur Herrschaft berufen angesehen. Daraus folgt vor allem eine betont feindselige Haltung gegen Ausländer, insbesondere gegen solche, die wegen ihrer unterschiedlichen Kultur und Religion Anpassungsschwierigkeiten in unserer Gesellschaft haben.
- Eindeutiges Eintreten für einen autoritären Staat mit Führer- und Gefolgschaftsprinzip.

Der Aufwärtstrend geht im wesentlichen zurück auf die Entwicklung bei der DVU-Liste D. Die von dem Münchener Verleger Dr. Gerhard FREY mit erheblichem finanziellem Aufwand betriebene Aufbauarbeit auf regionaler Ebene führte zu einem ersten Wahlerfolg in Bremen. Der bundesweite organisatorische Ausbau der Partei ließ die Mitgliederzahl von 2.500 (Nordrhein-Westfalen: 400) auf 6.000 (Nordrhein-Westfalen: 800) ansteigen.

Auch die NPD, die 1988 Wahlabsprachen mit der DVU-Liste D traf und von dieser bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein unterstützt wurde, kam zu weiteren Wahlerfolgen und konnte ihre Stimmenanteile gegenüber der Bundestagswahl 1987 verdoppeln, ohne allerdings über den Status einer Splitterpartei hinauszukommen.

Die innerparteiliche Opposition in der NPD gegen die Zusammenarbeit mit der DVU-Liste D hält an. Nachdem die Widerstände gegen das Zusammengehen mit Dr. FREY zunächst auf einem außerordentlichen Parteitag der NPD in Feucht/Bayern im Juni 1988 ausgeräumt werden konnten, haben sich bis zum Jahresende 1988 andere Oppositionelle in der Partei zusammengefunden, die für eine Ablösung des Parteivorsitzenden eintreten.

In der neonazistischen Szene hat die Anhängerschaft der 1983 verbotenen "Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA) trotz interner Spannungen die Führungsrolle behalten. Als "Bewegung" ist sie weiterhin aktiv, allerdings nach wie vor in zwei Gruppen geteilt; die "Gesinnungsgemeinschaften" um Jürgen MOSLER und Michael KÜHNEN. Ihr Einfluß auf die Freiheitliche Deut-

sche Arbeiterpartei (FAP) ist - wenn auch überregional unterschiedlich - ungebrochen. Während die MOSLER-Gruppierung eindeutig den FAP-Landesverband Nordrhein-Westfalen und seit November 1988 auch den Bundesvorstand beherrscht und damit deren Politik bestimmt, sind die Anhänger der KÜHNEN-Gruppe vornehmlich in Hessen tätig, wo sie auch bis zu ihrem Verbot am 9. Februar 1989 unter der Bezeichnung "Nationale Sammlung" (N.S.) agierten.

Die übrigen neonazistischen Gruppierungen, so die Nationalistische Front (NF), die Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG) sowie die Wiking-Jugend (WJ), sind weiterhin aktiv, konnten ihre Positionen aber nicht weiter ausbauen. Insgesamt gesehen ist auch 1988 durch den Rechtsextremismus eine unmittelbare Gefährdung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht eingetreten.*

1.2 "National-Freiheitliche"*

Die Gruppierung der "National-Freiheitlichen" unter Führung des Münchener Verlegers Dr. Gerhard FREY ist nach wie vor die mitgliederstärkste Gruppierung des deutschen Rechtsextremismus.

Mit seinen Wochenzeitungen
Deutsche National-Zeitung
Deutscher Anzeiger
Deutsche Wochen-Zeitung

(Gesamtauflage ca. 100.000 Exemplare) beherrscht Dr. FREY auch den rechtsextremistischen Pressemarkt in der Bundesrepublik Deutschland.

* Die 1983 gegründete Partei "Die Republikaner" die 1988 in Nordrhein-Westfalen kaum in Erscheinung trat ist bisher nicht Gegenstand planmäßiger Beobachtung. Ihre Entwicklung wird jedoch - entsprechend dem gesetzlichen Auftrag, extremistische Bestrebungen rechtzeitig zu erkennen - anhand allgemein zugänglicher Materialien aufmerksam verfolgt (vgl. Antwort der Landesregierung vom 18. 3. 1989 auf die Kleine Anfrage 1527- Drucksache 10/4226-).

1.2.1 Deutsche Volksunion (DVU)

Die DVU mit ihren Aktionsgemeinschaften

- Aktion Deutsche Einheit (AKON)
- Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA)
- Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.)
- Aktion Deutsches Radio und Fernsehen (ARF)
- Ehrenbund Rudel (ER)
- Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur

zählt in Nordrhein-Westfalen nach Schätzungen etwa 2500 Anhänger (Bund: über 12500). Ein nennenswertes öffentliches Auftreten dieser Gruppierung ist in Nordrhein-Westfalen nicht zu verzeichnen, wie überhaupt ihre Aktivitäten gegenüber den Vorjahren zurückblieben.

1.2.2 Deutsche Volksunion - Liste D (DVU-Liste D)

Die im Jahre 1987 auf Initiative von Dr. FREY gegründete DVU Liste D verfügt Ende 1988 über einen Mitgliederstand von schätzungsweise 6.000, davon in Nordrhein-Westfalen ca. 800. Nach ihren Wahlerfolgen 1987 in Bremen bzw. Bremerhaven sieht sich die Partei im Aufwärtstrend.

Die DVU-Liste D verfügt in den meisten Bundesländern bereits über Landes- und Kreisverbände. Auch in Nordrhein-Westfalen baut die Partei ihre Organisation zügig aus. So kam es 1988 zu Gründungen von Kreisverbänden in Aachen, Dortmund, Essen, Hamm/Unna, Hochsauerland, Mönchengladbach und Münster. Die Pläne zur Gründung eines Landesverbandes wurden 1988 nicht mehr realisiert.*

Im Januar 1988 haben die Parteivorstände der DVU-Liste D und der NPD eine in der DVU-Liste D unumstrittene Vereinbarung über die gegenseitige Unterstützung bei den nächsten Wahlen abgeschlossen. Sie sah vor, daß die NPD bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein kandidieren und dabei mit Unterstützung durch Dr. FREY rechnen konnte. Die DVU-Liste D soll dagegen mit Unterstützung der NPD als einzige "Rechtspartei" 1989 bei der Wahl des Europa-Parlaments antreten.

Auf dem Bundesparteitag am 26. November 1988 in Feucht/Bayern nominierte die DVU-Liste D ihre Kandidaten für die Wahl des Europäischen Parlaments. Dr. FREY wurde auf Platz 1 und der NPD-Parteivorsitzende Martin MUSSGNUG auf Platz 3 der Bundesliste gewählt.

Beide Parteivorsitzenden betonten in ihren Reden die gute Zusammenarbeit zwischen NPD und DVU-Liste D und sahen gute Chancen, daß die DVU-Liste D mit Unterstützung der NPD in das Europa-Parlament einziehen kann.

* Der Landesverband wurde am 11. 2 1989 im Anschluß an eine Großveranstaltung in Ruhstorf/Bayern gegründet.

1.3 "Nationaldemokratische" Organisationen

1.3.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die verfassungsfeindliche Zielsetzung der NPD ist in den letzten Jahren von der Rechtsprechung übereinstimmend festgestellt worden, zuletzt in einem Urteil des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg vom 27. Januar 1987. Daß die Partei in ihren Zielen wesentliche Prinzipien der Verfassungsordnung ablehnt und bekämpft, ergibt sich nach Meinung der Gerichte zwar nicht aus dem Programm oder der Satzung, wohl aber aus der Diffamierung der demokratischen Parteien und der Mißachtung oberster Verfassungsgrundsätze, insbesondere der parlamentarischen Demokratie, des Mehrparteiensystems und der Volkssouveränität, in ihren Schriften und aus dem Verhalten und den Äußerungen führender Funktionäre.

1.3.2 Parteiorganisation

Die NPD weist einen bundesweit ausgebauten Parteiapparat auf und hat Mitgliederzahlen um ca. 6.400, in Nordrhein-Westfalen ca. 1.000. Auf Landesebene verfügt die Partei neben dem Landesverband über die vier Bezirksverbände Köln (Mittelrhein), Detmold (Ostwestfalen-Lippe), Arnsberg (Westfalen-Süd) und Ruhr, sowie 54 Kreisverbände mit unterschiedlicher Aktivität.

1.3.3 Finanzierung

Die finanzielle Situation der NPD kann als stabil angesehen werden. Dies ist in erster Linie auf die mehrmalige Erstattung von Wahlkampfkosten in den letzten Jahren zurückzuführen. Außerdem finanziert sich die Partei durch Mitgliedsbeiträ-

ge und Spenden und versucht, über "Freundes-" und "Förderkreise" weitere Geldquellen zu erschließen.

1.3.4 Publikationen

Das vom Parteivorstand herausgegebene Presseorgan "Deutsche Stimme" erscheint monatlich in einer Auflagenhöhe von etwa 100.000 Exemplaren. Daneben vertreibt die Partei auf allen Gliederungsebenen periodische Schriften und Informationsdienste. In Nordrhein-Westfalen erscheinen regelmäßig die vom Landesvorstand herausgegebenen Publikationen "NPD-Landesspiegel Nordrhein-Westfalen" und "NPD-Organisationsspiegel Nordrhein-Westfalen".

1.3.5 Beteiligung an Wahlen

Die Aktivitäten der NPD waren 1988 vor allem auf die Beteiligung an den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein ausgerichtet. In einem "Wahlbündnis" mit der DVU-Liste D hatte sie sich hierzu die Unterstützung durch den Münchener Verleger Dr. FREY gesichert.

Sie erzielte folgende Wahlergebnisse: (in Klammern die Ergebnisse der Bundestagswahl 1987)

Baden-Württemberg

101.815 Stimmen = 2,1% (1987 = 1 %)

Schleswig-Holstein

19.151 Stimmen = 1,2% (1987 = 0,5%)

Die im Januar 1988 mit Dr. FREY getroffene Wahlabstimmung, auf eine Teilnahme an der Wahl des Europäischen Parlaments 1989 zu verzichten und dafür die DVU-Liste D in diesem Vorhaben zu unterstützen, ist innerparteilich auf erheblichen Widerstand gestoßen; der auf einem außerordentlichen Bundesparteitag im Juni 1988 zunächst ausgeräumt werden konnte. Im November 1988 wurde dann von einer anderen oppositionellen Gruppe in der NPD ein neuer Parteivorsitzender favorisiert und zur Wahl eines neuen Parteivorstandes aufgerufen. Zu der Gruppe gehört auch der Landesorganisationsleiter des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, der daraufhin von seinen Funktionen entbunden wurde.

1.3.6 Schwerpunkte der Parteilarbeit

- Zum Gedächtnis an die Reichsgründung am 18. Januar 1871 führte die Partei am 16. Januar 1988 in Recklinghausen eine "Reichsgründungsfeier" durch. An der Veranstaltung nahmen ca. 40 NPD-Mitglieder teil. Vor der Tagungsstätte versammelten sich ca. 40 Gegendemonstranten. Zu nennenswerten tätlichen Auseinandersetzungen kam es nicht.
- Am 17. Juni 1988 organisierte der Landesverband Nordrhein-Westfalen in der Fußgängerzone in Arnsberg, Ortsteil Neheim-Hüsten, eine Kundgebung, an der ca. 40 NPD/JN-Angehörige teilnahmen. Ein Mitglied des NPD-Parteivorstandes sprach zu dem Thema "Deutsche Identität". Die Veranstaltung fand bei der Bevölkerung keine Resonanz. Etwa 70 Gegendemonstranten versuchten, die Versammlung durch Pfiffe und Sprechchöre zu stören.
- Am 26. Juni 1988 fand in Feucht/Bayern ein außerordentlicher Bundesparteitag statt. Hintergrund bildeten Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei hinsichtlich der weiteren Zusammenarbeit mit der DVU-Liste D.

- Auf dem Parteitag sind die Delegierten der Empfehlung des Parteivorstandes gefolgt, nicht an der Europawahl 1989 teilzunehmen, sondern eine entsprechende Kandidatur der DVU-Liste D zu überlassen und sie hierbei zu unterstützen. Als Gegenleistung soll die NPD von Dr. FREY 1 Million DM erhalten, mit denen Sie bereits in Anspruch genommene Wahlkampfkosten zurückzahlen kann.
- Am 15. September 1988 führte die NPD in Bonn eine Bundesaktion durch. Anlaß dieser Veranstaltung war das alliierte Verbot, die NPD in Berlin zu den anstehenden Wahlen zuzulassen. Ein Informationsstand auf dem Bonner Münsterplatz sowie Mahnwachen vor den Botschaften der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs verliefen störungsfrei.
- Der 24. ordentliche Landesparteitag des nordrhein-westfälischen Landesverbandes fand am 18. September 1988 in Essen-Rellinghausen statt; es nahmen ca. 150 Personen teil. Im Vordergrund standen die Differenzen in der Partei um das Wahlbündnis mit der DVU-Liste D. Ansonsten wurden nur parteiinterne Fragen erörtert.

1.3.7 Junge Nationaldemokraten (JN)

Die JN, Jugendorganisation der NPD, verfügen über etwa 800 Mitglieder, davon in Nordrhein-Westfalen ca. 120. 1988 traten die JN öffentlich kaum in Erscheinung. Erwähnenswert sind der 17. ordentliche Landeskongreß am 7. Mai 1988 in Gelsenkirchen sowie der Bundeskongreß am 24./25. September 1988 in München. Bei beiden Veranstaltungen standen Personalentscheidungen nicht an. Auch bei den JN ist die Zusammenarbeit mit der DVU-Liste b erheblich umstritten.

1.3.8 Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA)

1988 gingen von der NPD-gesteuerten BIA keine wesentlichen Aktivitäten aus. Lediglich ihre Publikation "Deutsche Zukunft" ist noch erschienen. In einem Rundschreiben vom Dezember 1988 teilt die BIA mit, daß die Herausgabe der Publikation aus finanziellen Gründen zum Jahresende 1988 eingestellt werden muß.

1.4 Neonazistische Gruppen

1.4.1 "Die Bewegung"

Bei den unter dieser Bezeichnung auftretenden Anhängern der 1983 vom Bundesminister des Innern verbotenen "Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA) hat sich nach der Haftentlassung des Michael KÜHNEN am 1. März 1988 der Streit um den Führungsanspruch weiter verschärft. KÜHNEN versucht, verlorenes Terrain wiederzugewinnen und erneut seine Anhänger um sich zu scharen. Entscheidende Einbrüche in den Kreis der MOSLER-Gruppierung sind ihm dabei bisher nicht gelungen. Insgesamt werden der "Bewegung" ca. 500 (Nordrhein-Westfalen: ca. 200) Neonazis zugerechnet.

Gegen einen Teil der Anhänger der "Bewegung" führt die Staatsanwaltschaft Stuttgart ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes nach § 85 StGB (Fortführung einer verbotenen Vereinigung). Nach umfangreichen Ermittlungen in einem dieser Verfahren (MOSLER-Gruppe) kam es am 2. März 1988 zu bundesweiten Exekutivmaßnahmen (Wohnungsdurchsuchungen) gegen insgesamt 83 Tatverdächtige, darunter 28 aus Nordrhein-Westfalen. Umfangreiches Schriftmaterial, NS-Embleme, Uniformstücke und Waffen, in der Mehrzahl erwerbsscheinfrei, wurden

beschlagnahmt. Gegen Jürgen MOSLER aus Duisburg und drei weitere Funktionäre wurde Haftbefehl erlassen, der am 29. März 1988 außer Vollzug gesetzt wurde. Die Ermittlungen dauern an.

1.4.2 "Gesinnungsgemeinschaft" um Jürgen MOSLER

MOSLER, 1986 Initiator der Kampagne gegen die Homosexuellen in der "Bewegung", hat seine Anhänger im wesentlichen im norddeutschen Raum, vor allem in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Ihre Zahl wird auf ca. 300 (Nordrhein-Westfalen: ca. 200) geschätzt.

Neben der Tätigkeit in der FAP versucht die Gruppe um MOSLER, durch Flugblattaktionen und öffentliches Auftreten auf sich aufmerksam zu machen:

- Am 16. Januar 1988 trat sie in Hagen auf, um ein dort geplantes Treffen der KÜHNEN-Gruppierung zu verhindern.
- Zur Erinnerung an den "Tag der Machtergreifung" wurden am 31. Januar 1988 im Rahmen einer "Gauaktion" in Essen Flugblätter verteilt. In Köln fand eine Veranstaltung verschiedener "Kameradschaften" statt.
- Als Gegenaktion gegen ein in Duisburg geplantes Auftreten der KÜHNEN-Gruppierung wurde am 1. Mai 1988 in Schalksmühle ein "Gautreffen" durchgeführt.

Ab Juni 1988 brachte die "Gesinnungsgemeinschaft" um MOSLER neben ihrer Version der Schrift "Die Neue Front" drei Ausgaben einer weiteren Schrift unter dem Titel "Schwarze Fahne" heraus, in der sich die Herausgeber als "Autonome nationale Sozialisten" bezeichnen. Erklärend heißt es hierzu:

"die ‚Autonomen Nationalen Sozialisten‘ bilden die letzte Rückzugslinie im Falle des Scheiterns der parteipolitischen Arbeit ... Durch ihre Selbständigkeit sind sie nur einzeln und nicht insgesamt angreifbar."

In einer "Extra-Ausgabe" der "Neuen Front" wurde die bundesweite Exekutivmaßnahme vom 2. März 1988 kommentiert. Darin wird die Aktion als "Schlag gegen die Bewegung junger bekennender Nationaler Sozialisten" bezeichnet und den polizeilichen Maßnahmen ein Erfolg abgesprochen, da es nicht gelungen sei, die "Aktionsfähigkeit" zu mindern,

"im Gegenteil, Terror schafft Fanatismus".

1.4.3 "Gesinnungsgemeinschaft" um Michael KÜHNEN

KÜHNEN, der letzte Organisationsleiter der ANS/NA, hat die Mehrzahl seiner ca. 200 (Nordrhein-Westfalen: ca. 10) Anhänger in Hessen. Nach seiner Haftentlassung trat er nach kurzem Aufenthalt im Raum Frankfurt/Main eine "Deutschlandfahrt" an, die ihn zu den wichtigsten "Kameradschaften" führen sollte und vor allem dazu diente, seine Führungsrolle in der "Bewegung" zu festigen. Im Rahmen dieser Fahrt ist er auch in Nordrhein-Westfalen aufgetreten:

- Im März 1988 hielt sich KÜHNEN in Bielefeld auf. Seine Anhänger führten mit ihm am 26. März 1988 in Büren/Kreis Paderborn eine Versammlung durch. An der Veranstaltung in einem Gasthof, zu dem die Presse eingeladen wurde, beteiligten sich insgesamt ca. 50 NS-Anhänger aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hamburg.
- Eine weitere Propagandaaktion und gleichzeitig Provokation sollte eine Demonstration am 1. Mai 1988 vor den Stahlwerken in Duisburg-Rheinhausen

darstellen. Diese Demonstration wie auch eine Ersatzdemonstration in Dortmund wurden von den Polizeibehörden verboten.

So trafen sich etwa 50 KÜHNEN-Anhänger aus dem gesamten Bundesgebiet und aus den Niederlanden am 1. Mai in einer Gaststätte in Bottrop zu einer geschlossenen Veranstaltung. Im Anschluß daran fuhren sie nach Düsseldorf und marschierten zu einem Kriegerdenkmal, wo KÜHNEN eine kurze Ansprache hielt.

Trotz dieser Aktivitäten ist es KÜHNEN nicht gelungen, nennenswerte Einbrüche in die Anhängerschaft um MOSLER zu erzielen. So verfügt er in Nordrhein-Westfalen nur über wenige Anhänger im Raum Bielefeld-Paderborn um einen NS-Aktivisten aus Bielefeld, der für KÜHNEN - wenn bisher auch erfolglos - versuchte, einen "FAP-Kreisverband Westfalen-Lippe" zu gründen.

Unabhängig von den Bemühungen, die FAP weiterhin als "legalen Arm" der Bewegung zu nutzen, wurde - wie aus der Ausgabe Nr. 57 (August 1988) der "Neuen Front" der KÜHNEN-Gruppierung hervorging - die Gründung einer "Nationalen Sammlung" (N.S.) * betrieben. Sie versteht sich als "Wählerinitiative der FAP" und soll als Wählergemeinschaft für die Kommunalwahl 1989 in Hessen dienen. Gleichwohl sind auch in Nordrhein-Westfalen sporadisch Propagandamaterialien dieser N.S. verbreitet worden.

* Die N S wurde am 9. Februar 1989 durch den Bundesminister des Innern verboten.

1.4.4 Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)

Die derzeit bundesweit etwa 450 Mitglieder umfassende FAP ist von der "Bewegung" unterwandert und wird von ihr entscheidend gesteuert. Der Landesverband in Nordrhein-Westfalen ist mit ca. 180 Mitgliedern der stärkste Landesverband, wobei die einzelnen Mitglieder in FAP und "Bewegung" im wesentlichen identisch sind.

Seit dem Landesparteitag im Herbst 1987 sind alle entscheidenden Funktionen im Landesvorstand Nordrhein-Westfalen mit Anhängern des MOSLER-Flügels besetzt. Landesvorsitzender ist der ehemalige Leiter der Dortmunder "Borussenfront", der als "SS-Siggi" bekannte Siegfried BORCHARDT. Unter seiner Anleitung sind die Aktivitäten der FAP im Lande aufgelebt. Seine Bereitschaft, Gewalt zur Durchsetzung seiner Ziele einzusetzen, ist nicht zu verkennen.

Am 5. November 1988 fand in der Wohnung des bisherigen Parteivorsitzenden Martin PAPE in Stuttgart der bereits seit längerem angekündigte Bundesparteitag statt. Die 44 Delegierten (Schlüssel 1:10) - alle der Gruppe um MOSLER zuzurechnen - wählten folgenden Bundesvorstand:

Vorsitzender: **Friedhelm BUSSE, Wachtendonk (ehem. Leiter der 1982 vom Bundesminister des Innern verbotenen "Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit" - VSBD/PdA)**

Stellv. Vorsitzender: **Siegfried BORCHARDT, Dortmund.**

In einem Gasthof im Landkreis Esslingen wurden im Anschluß hieran die FAP-Kandidaten zur Wahl des Europa-Parlaments bestimmt. Die Kandidatenliste wird angeführt von

1. Martin PAPE, Stuttgart
2. Friedhelm BUSSE, Wachtendonk
3. Axel ZEHNSDORF, Hattingen
4. Siegfried BORCHARDT, Dortmund.

Am 19. November und 10. Dezember 1988 fanden in Aachen und Essen Treffen der FAP-Führungsspitze mit bundesweiter Beteiligung statt. Wie hierzu aus der neuen FAP-Schrift "FAP-Intern" -12/88- und einem Rundschreiben vom 20. November 1988 hervorgeht, wurden bei der Besprechung am 19. November 1988 zur Straffung der Parteiarbeit weitere Parteiämter geschaffen und mit bekannten Funktionären der "Bewegung" besetzt.

Die rivalisierende Gruppierung der "Bewegung" um Michael KÜHNEN führte am 5. November 1988 im Landkreis Tübingen einen "Gegenparteitag" durch, da sie die Rechtmäßigkeit des von MOSLER-Anhängern veranstalteten Bundesparteitages anzweifelt. Auf diesem "Gegenparteitag" wurde von etwa 70 Teilnehmern ein eigener Vorstand gewählt.

In der Öffentlichkeit wird die FAP im wesentlichen durch Schmierereien und vorwiegend ausländergefeindliche Aufkleber bekannt, wobei das Kürzel "FAP" sich allmählich zu einem Synonym neonazistischer Symbolik entwickelt hat.

Der FAP sind in Nordrhein-Westfalen folgende Aktionen zuzuordnen:

- Am 14. Mai 1988 versammelten sich 39 Angehörige der FAP, darunter der Landesvorsitzende Siegfried BORCHARDT/ in einer von einem FAP-Mitglied gemieteten Wohnung in Essen, um mit einer Feier die Wohnung als neues "FAP-Zentrum" einzuweihen. Wegen ruhestörenden Lärms - u. a. Singen von rechtsextremistischen Liedern - erstatteten Anwohner Anzeige bei der Polizei. Bei Eintreffen der Beamten schallten aus der Wohnung "Sieg-Heil"-Rufe. Nach Aufforderung, die Ruhestörung zu beenden, wurden die Polizeibeamten u. a. von einem FAP-Angehörigen mit Faustschlägen angegriffen und von einem anderen Teilnehmer mit einem Messer bedroht. Es wurden Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte sowie gefährlicher Körperverletzung eingeleitet.
- Der FAP-Landesverband Nordrhein-Westfalen demonstrierte am 17. Juni 1988 in Bonn unter dem Motto "Freiheitsmarsch der Antikommunisten/Weg mit der Mauer". Es beteiligten sich ca. 80 FAP-Anhänger.

1.4.5 Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers (KAH)

Das 1984 gegründete KAH ist auch nach der Spaltung der "Bewegung" von den rivalisierenden Gruppen um KÜHNEN und MOSLER weiterhin als Organisationsbezeichnung für Mitteilungen und Einladungen verwendet worden. Die MOSLER-Gruppe hat 1988 die Dienstvorschrift überarbeitet und das KAH-Symbol (Kranz um die Initialen AH und die Zahl 100) geändert, um sich von der KÜHNEN-Gruppierung zu unterscheiden. Die Zahl 100 wurde entfernt, um das KAH auch noch nach dem 20. April 1989 (100. Geburtstag Hitlers) als Organisationsbezeichnung für Aktivitäten der "Bewegung" verwenden zu können.

1.4.6 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG)

Die HNG ist trotz eines leichten Mitgliederrückgangs auf ca. 180 (Nordrhein-Westfalen: ca. 40) Personen insofern eine der nennenswerten neonazistischen Organisationen, als sie inhaftierte Gesinnungsgenossen betreut und somit eine Klammer zwischen den rivalisierenden Gruppen um KÜHNEN und MOSLER bildet. Allerdings versuchten MOSLER-Anhänger auf einer Jahreshauptversammlung am 27. Februar 1988 bei Kassel vergeblich, die langjährige Vorsitzende und KÜHNEN-Anhängerin Christa GÖRTH aus Bielefeld abzuwählen und den ehemaligen FAP-Landesvorsitzenden Erhard KEMPER aus Münster zum Vorsitzenden wählen zu lassen.

1.4.7 Nationalistische Front (NF)

Die nationalrevolutionäre Vorstellungen vertretende NF hat ihr Potential nicht wesentlich steigern können und ist mit ca. 80 Mitgliedern bundesweit (ca. 40 - 50 in Nordrhein-Westfalen) weiterhin eine kleinere, aber sehr aktive rechtsextremistische Organisation. Ihr "Zentrum" in Bielefeld, Bleichstraße 143, ist immer noch Ziel von Protestaktionen.

Die NF, die sich selbst als Partei versteht, führte 1988 mehrere Treffen mit überregionaler Beteiligung in ihrem "Zentrum" durch:

- An einem Treffen Anfang Januar 1988 in Bielefeld nahmen ca. 40 - 50 Personen aus den Bundesländern Berlin, Bremen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg sowie aus den Bereichen Ostwestfalen, Köln und Leverkusen teil.
- Anfang April 1988 führte die NF unter Beteiligung mehrerer Personen aus Nordrhein-Westfalen im Raum Bremen ein Lager durch. Ein weiteres "Ausbildungszeltlager" fand im August 1988 in Hetendorf/Niedersachsen mit ca. 20 Teilnehmern statt.
- Um die Voraussetzungen für eine Beteiligung der NF an der Wahl des Europäischen Parlaments zu schaffen, veranstaltete die NF im Mai 1988 einen sogenannten Wahlparteitag, an dem ca. 35 Personen aller NF-Gruppierungen teilnahmen. Auf diesem Parteitag wurden die Kandidaten der NF aufgestellt.

Weiter fanden interne Schulungen der NF für ihre Mitglieder statt. Im Rahmen einer derartigen Veranstaltung im Juni 1988 sprach ein bekannter französischer Rechtsextremist zum Thema "Neue Rechte".

Darüber hinaus trat die NF vor allem publizistisch in Erscheinung. Im Februar 1988 erschien die Nr. 20 der Publikation "Klartext". Erstmals wurde im Impressum deutlich, das "Klartext" eine Publikation der NF ist. Als Verantwortlicher war ein Mitglied der NF angegeben.

Neu ist die NF-Schrift "Nachrichten aus der Szene", die künftig vierteljährlich im Klartext-Verlag, Gütersloh, erscheinen soll. Aufgrund der in der Zeitung abgebildeten "Keltenkreuze" (Symbol der rechtskräftig verbotenen VSBD/PdA) wurde von der Staatsanwaltschaft Bielefeld ein Ermittlungsverfahren gemäß § 86 a StGB eingeleitet, das noch nicht abgeschlossen ist. "Klartext"-Ausgaben und NF-Aufkleber wurden in verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens verteilt bzw. geklebt.

Die Gewaltbereitschaft der NF-Mitglieder wird durch folgende Vorkommnisse verdeutlicht:

- Gegen ein weibliches Mitglied der NF mußte ein Ermittlungsverfahren wegen Widerstandes eingeleitet werden, weil sie bei dem Treffen im Januar 1988 in Bielefeld während einer Personalienüberprüfung gezielt nach Polizeibeamten getreten hatte.
- Anfang Juli 1988 kam es anlässlich einer Personenfeststellung durch die Polizei zu Widerstandshandlungen von zwei NF-Mitgliedern gegen Polizeibeamte.
- Bei Auseinandersetzungen anlässlich eines Punker-Treffens im August 1988 in Lübbecke verletzte ein bekannter Rechtsextremist einen Punker mit einem Messer. Ein Ermittlungsverfahren wegen versuchten Totschlages wurde eingeleitet.

1.5 Rechtsextremistische Jugendorganisationen

1.5.1 Wiking-Jugend (WJ)

Die WJ hat - nachdem 1987 infolge von Auseinandersetzungen um den künftigen Kurs eine Reihe von Mitgliedern ausgetreten war - ihren Mitgliederbestand wieder auf 400 Personen bundesweit ausbauen können. In Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der Mitglieder mit ca. 100 Personen gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Im Mai 1988 führte die WJ traditionell im Rahmen des Pfingstlagers in Hetendorf/Niedersachsen ihre Großveranstaltung "Tage volkstreuere Jugend" durch, an der sich fast 200 Personen beteiligten. U.a. war eine Abordnung der FAP zum Schutz des Lagers eingesetzt worden. Während der Veranstaltung sowie in einem Rundbrief bezog der Bundesführer der WJ, Wolfgang NAHRATH aus Stolberg, im Streit zwischen Michael KÜHNEN und Jürgen MOSLER eindeutig Stellung gegen KÜHNEN. Die WJ hat sich damit weiter dem MOSLER-Flügel der "Bewegung" angenähert.

1.5.2 Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)

Der BHJ mit bundesweit ca. 100 Mitgliedern ist auch 1988 in Nordrhein-Westfalen nicht öffentlich in Erscheinung getreten.

Die bundesweiten Aktivitäten des BHJ wurden weiterhin dadurch beeinträchtigt, daß innerhalb der Bundesführung ein Richtungsstreit um die Zukunft der Organisation entbrannte. Ob es hierdurch zur endgültigen Spaltung und damit zur völligen Bedeutungslosigkeit dieser Jugendorganisation kommen wird, kann abschließend noch nicht beurteilt werden.

1.6 Rechtsextremistische Randgruppen

Skinheads sind in Nordrhein-Westfalen 1988 wieder öffentlich durch Gewalthandlungen in Erscheinung getreten:

- Im März 1988 stürmte eine Gruppe von ca. 15 - 20 Skinheads ein Haus in Herford, das der Jugendbegegnung dient, und schlugen auf die ca. 15 zumeist jugendlichen Gäste ein. Neben Sachbeschädigungen kam es zu leichteren Körperverletzungen bei Gästen und Skinheads. Durch die Polizei konnten sechs Skinheads als mutmaßliche Täter festgestellt werden.
- In Leverkusen beschossen Ende Juni 1988 Angehörige einer Skinheadgruppe zwei Polizeibeamte in Zivil mit Leuchtraketen.
- Anfang Juli 1988 wurde in Beverungen eine Türkin von vier Skinheads mit Steinen beworfen und leicht verletzt.

- Ebenfalls in Beverungen wurde im selben Monat ein iranischer Asylant überraschend und unmotiviert von einer weiblichen, vermutlich der Skinhead-Szene angehörenden Jugendlichen durch Besprühen mit Tränengas verletzt.
- In Hagen wurden im November 1988 an verschiedenen Tagen zwei junge Frauen von Skinheads überfallen und bedroht. In einem Fall wurde die Frau mit einem Klappmesser verletzt. Ob politische Motive für die Taten vorlagen, konnte bislang nicht geklärt werden.

Soweit einzelne Täter nicht schon in der rechtsextremistischen Szene aufgetreten waren, läßt der angegriffene Personenkreis (Türken, Asylanten) eine entsprechende Motivation vermuten.

1.7 Rechtsextremistisches Schrifttum aus dem Ausland

1.7.1 "Sieg-Aktuell-Jugendpressediens"-Verlag, Lochau/Österreich

Der "Sieg-Aktuell-Jugendpressediens"-Verlag versendet seine gleichnamige Zweimonatsschrift nicht nur an Rechtsextremisten in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch unaufgefordert an unbeteiligte Bürger. Der Verlagsinhaber und Herausgeber der Schrift "Sieg" Walter OCHENSBERGER, verfolgt mit seiner Schrift das Ziel, Einfluß auf die "Junge Rechte" in Österreich und anderen westeuropäischen Ländern zu gewinnen. Propagandistische Schwerpunkte der Publikation sind Beiträge gegen die sogenannte Sechs-Millionen-Lüge und "Fremdrassige".

1.7.2 NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO), Lincoln/USA

Der Organisations- und Propagandaleiter der NSDAP-AO, Gary Rex LAUCK aus Lincoln/USA, ist weiterhin bemüht, im Bundesgebiet neonazistisches Agitationsmaterial zu verbreiten, um damit deutsche Rechtsextremisten - zumeist Einzelpersonen - in ihrer Propagandaarbeit zu unterstützen. Wichtigstes Agitationsmittel sind dabei Hakenkreuzaufkleber, Handzettel, Plakate und die nur unregelmäßig erscheinende Schrift "NS-Kampfruf", die von den USA in das Bundesgebiet zunächst an Postfachinhaber eingeschleust, von denen an Gesinnungsfreunde verteilt und öffentlich verbreitet werden und durch ihre aggressive NS-Diktion Aufsehen erregen.

1.8 Sonstige rechtsextremistische Aktivitäten

Folgende Gewalttaten sind militanten Einzelpersonen zuzuordnen:

- Zwei Angehörige der örtlichen rechtsextremistischen Szene bedrohten Ende Februar 1988 in Sankt Augustin eine männliche Person mit einem Messer und vermutlich einer Gaspistole. Zu einer Körperverletzung kam es nicht; das Motiv der Täter konnte bislang nicht ermittelt werden. Der Geschädigte ist keiner politischen Gruppierung zuzurechnen.
- Im März 1988 wurde in Meckenheim ein Sohn des PLO-Repräsentanten Al Franghi durch einen mehrfach als ausländerfeindlich bekannt gewordenen Angehörigen der rechtsextremistischen Szene verletzt.
- In Witten wurden Ende Mai 1988 von zwei wahrscheinlich der rechtsextremistischen Szene zuzurechnenden unbekannt Personen Leuchtraketen auf eine Gruppe von Angehörigen der linksextremistischen Szene abgefeuert. Ein konkreter Täterverdacht besteht bislang nicht.

- Anfang August 1988 wurde von bislang unbekanntem Tätern ein Brandanschlag auf ein Asylbewerberwohnheim in Oerlinghausen (Kreis Lippe) verübt.
- Ende November 1988 war ein Asylbewerberwohnheim in Bielefeld zweimal Ziel einer versuchten Brandstiftung. Durch die unbekanntem Täter wurden ausländische feindliche Aufkleber der NF am Tatort zurückgelassen.

Die erste Wiederkehr des Todestages von Rudolf Heß war für die rechtsextremistische Szene Anlaß zur Durchführung von Schmier- und Klebeaktionen in verschiedenen Städten in Nordrhein-Westfalen.

Der Herausgeber der rechtsextremistischen Schrift "Wehr Dich", Berthold DINTER aus Rheda-Wiedenbrück, hatte für den 20. August 1988 eine Gedenkkundgebung in Wunsiedel angemeldet und das rechtsextremistische Lager zur Teilnahme an der Veranstaltung aufgerufen. Diesem Aufruf folgten ca. 100 überwiegend dem KÜHNEN-Lager zuzurechnende Personen.

1.9 Rechtsextremisten und öffentlicher Dienst

Nach dem Stand vom 31. Dezember 1988 befanden sich unter den ca. 335.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen (ohne Vorbereitungsdienst) - soweit bekannt - 10 Angehörige rechtsextremistischer Organisationen, vornehmlich Mitglieder der NPD (7). Erfasst sind hierbei nur solche Bedienstete, die in den letzten fünf Jahren als Mitglieder oder aktive Angehörige rechtsextremistischer Organisationen in Erscheinung getreten sind.

Die betroffenen Personen waren als Beamte wie folgt beschäftigt:

- 5 als Lehrpersonal an Schulen
- 1 als Wissenschaftler an einer Hochschule
- 4 in nachgeordneten Behörden im Geschäftsbereich des Justizministers (3) sowie des Finanzministers (1).

Es liegen keine Erkenntnisse vor, daß diese Personen ihr berufliches Umfeld oder ihnen Anvertraute politisch zu indoktrinieren versuchten. Soweit verwertbare Erkenntnisse anfallen, die zu disziplinarrechtlichen Maßnahmen Anlaß geben könnten, werden die zuständigen Dienstvorgesetzten und die Ressorts unterrichtet.







2 Linksextremismus

2.1 Entwicklungstendenz

Die Zahl der Mitglieder linksextremistischer Parteien und sonstiger Organisationen hat sich 1988 - bedingt durch den Mitgliederrückgang bei der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und insbesondere bei ihrer Jugendorganisation Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) - weiter verringert; sie beträgt in Nordrhein-Westfalen noch 17.000 (1987: 20.000).

Davon entfallen auf die DKP und ihre Neben- sowie beeinflussten Organisationen (nach Abzug der Doppelmitgliedschaften) ca. 15.000, auf die Gruppierungen der "Neuen Linken" ca. 2.000. Die linksextremistischen Gruppierungen lehnen das Gesellschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland ab. Sie versuchen, allerdings auf unterschiedliche Weise, Änderungen herbeizuführen. Die orthodoxen Kommunisten erstreben eine sozialistische Gesellschaftsordnung als Vorstufe zum Kommunismus nach dem Vorbild der DDR. Der Sozialismus soll in mehreren Etappen über eine "Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt" sowie eine "antimonopolistische Demokratie" erreicht werden. Die Gruppierungen der sogenannten dogmatischen Neuen Linken distanzieren sich in ihrer Grundhaltung von den orthodoxen Kommunisten, weil sie der Auffassung sind, daß die Grundsätze des Marxismus-Leninismus im "real existierenden Sozialismus" durch bürokratische Entartung verraten worden sind. Der undogmatische Teil der "Neuen Linken" lehnt ideologische Grundlagen und organisatorische Strukturen ab. In diesem Bereich sind besonders die militanten Autonomen hervorzuheben, die durch gewaltsames aggressives Vorgehen die staatliche Ordnung zerstören wollen.

Die DKP geriet 1988 in eine innerparteiliche Zerreißprobe. Ursache hierfür waren die anhaltende Diskussion über den neuen Kurs in der Sowjetunion sowie die daraus resultierende Forderung nach einer Demokratisierung des Parteilebens. Erstmals in der Geschichte der DKP konnte auf einer Vorstandstagung im September 1988 über einen Entwurf "Zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP" keine Einigung erzielt werden.

Strittig blieb, inwieweit eine Erneuerung der DKP auf der Basis des geltenden Statuts und der programmatischen Grundsätze zu erreichen ist und welches Ausmaß eine angestrebte "Demokratisierung" des Parteilebens annehmen muß. Eine Minderheit legte ein gesondertes Votum vor, in dem Dogmatismus, bürokratischer Zentralismus sowie mangelnde Kompetenz der Führung für die Krise der Partei verantwortlich gemacht werden. Von diesem Zeitpunkt an sprechen selbst führende Funktionäre von zwei Richtungen innerhalb der Partei. Dieser Richtungsstreit zwischen Traditionalisten und Erneuerern hält auch nach Abschluß des 9. Parteitages an. Die Debatte über die inhaltlichen kontroversen Fragen soll auf einem Sonderparteitag im Jahre 1990 fortgesetzt werden.

Die Nebenorganisationen der DKP

- Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)
- Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus (MSB)
- Junge Pioniere - Sozialistische Kinderorganisation (JP)

blieben auch 1988 politisch-ideologisch sowie in ihrer personellen Zusammensetzung eng mit der DKP verbunden.

Genau wie die DKP ist auch die SDAJ vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung in der Sowjetunion in eine innerorganisatorische Krise geraten.

Die von der DKP beeinflussten Organisationen bemühten sich auch 1988 im Rahmen der kommunistischen Bündnispolitik um eine enge Zusammenarbeit mit demokratischen Organisationen auf den verschiedensten politischen Feldern. Die Parteien der "Neuen Linken" verloren weiter an Bedeutung. Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) versucht, nach Abschluß ihres 3. Parteitages im Juli 1988 eine "neue Periode des Parteaufbaues" zu beginnen und durch Teilnahme an den Europa- und Kommunalwahlen im Jahre 1989 ihre Aktivitäten zu erhöhen. Bei stagnierender Mitgliederzahl ist ihr Bekanntheitsgrad jedoch weiterhin gering. Die Vereinigte Sozialistische Partei (VSP) ist bei rückläufiger Mitgliederzahl in eine existenzielle Krise geraten und ist bestrebt, durch Zusammenschluß mit anderen revolutionär-sozialistischen Organisationen ein breites Bündnis der revolutionären Linken herbeizuführen.

Die übrigen Gruppierungen der "Neuen Linken" sind auch 1988 nur gelegentlich im Rahmen von Konferenzen oder Protestaktionen hervorgetreten. Im Hinblick auf nachlassende Aktivitäten kommt ihnen keine besondere Bedeutung zu. Das gilt nicht für die Marxistische Gruppe (MG), die als die mitgliederstärkste Gruppierung der "Neuen Linken" angesehen wird. Ihre Aktivitäten haben auch 1988 nicht nachgelassen; insbesondere wurden zur politischen Festigung der Anhänger weiterhin regelmäßig intensive Schulungen für Sympathisanten und Kandidaten durchgeführt.

Auch die militanten Autonomen haben 1988 ihren "Kampf gegen das System" unvermindert fortgesetzt, insbesondere durch ihre Aktionen gegen die Tagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank im September 1988 in Berlin. Die Ablehnung von zentraler Anleitung und von "Befehlsstrukturen" sowie die Betonung von Spontaneität machen sie auch weiterhin unberechenbar.

2.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

2.2.1 Ziele

Die DKP hat in einer Entschließung des 9. Parteitages zu den Aufgaben im Jahre 1989 ihr grundlegendes Ziel einer revolutionären Umgestaltung der Bundesrepublik Deutschland bekräftigt. Sie ist aber der Auffassung, daß angesichts der Verschärfung der globalen Probleme die gesamte kommunistische Weltbewegung zur Strategie der revolutionären Partei noch in einer langen Phase neue Antworten suchen müsse. Das Ziel einer sozialistischen Bundesrepublik hält sie nur über mehrere Etappen für erreichbar. Zunächst müsse eine "friedensorientierte und demokratische Reformalternative" entwickelt und durchgesetzt werden. Dieses Ziel sei Bestandteil der Gesamtstrategie, die über eine "Wende zu demokratischem und sozialen Fortschritt" und "eine antimonopolistische Demokratie" zum Sozialismus führe. Reformen würden nicht als Endzweck, sondern als Hebel im Kampf um das weitergehende sozialistische Ziel betrachtet. Die Partei lasse sich weiter vom Marxismus-Leninismus leiten, auch wenn die revolutionäre Umwälzung nicht aktuell sei und daher eine Politik der Übergänge entwickelt werden müsse.

Die verfassungsfeindliche Zielsetzung der DKP ist wiederholt durch höchstrichterliche Rechtsprechung festgestellt worden. Danach strebt die DKP eine Entwicklung an, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren ist. In ihrem Parteiprogramm beruft sie sich darauf, daß sie das Vermächtnis der verbotenen früheren KPD übernommen habe. Die angestrebte sozialistische Umwälzung widerspricht den wesentlichen Wertgarantien des Grundgesetzes. Dazu zählen vor allem die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte und das Mehrparteienprinzip.

2.2.2 Parteiorganisation

Die DKP stützt sich auf einen straff gegliederten, im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl großen Parteiapparat. Die Parteizentrale in Düsseldorf mit über 100 hauptamtlichen Mitarbeitern leitet 12 Bezirksorganisationen im Bundesgebiet an, darunter in Nordrhein-Westfalen die Bezirksorganisationen Ruhr-Westfalen und Rheinland-Westfalen, die - ohne Schreib- und Hilfskräfte - mindestens je weitere 30 hauptberufliche Mitarbeiter beschäftigen. Der Parteivorstand unterhält in Bonn ein Büro ("kompetente und autorisierte Vertretung"), das versuchen soll, die DKP gegenüber den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zu repräsentieren.

Von den 45 Kreisorganisationen in Nordrhein-Westfalen werden etwa 360 Wohngebietsgruppen angeleitet, darüber hinaus ca. 160 Betriebs- und Hochschulgruppen.

Die Zahl der Mitglieder ist 1988 weiter von 38.000 auf unter 35.000 gesunken. In Nordrhein-Westfalen hat die DKP noch ca. 11.500 (1987: 12.000) Mitglieder.

2.2.3 Finanzierung

Angesichts des Mitgliederschwundes und größerer Beitragsrückstände gingen die Einnahmen der Partei 1988 zurück. Dennoch erbrachte die DKP erhebliche finanzielle Leistungen für

- den nicht verringerten umfangreichen hauptamtlichen Mitarbeiterstamm (in Nordrhein-Westfalen auf Bezirks- und Kreisebene mindestens 100 Personen)
- den Unterhalt für zahlreiche - ausschließlich gemietete- Parteibüros und Schulungsstätten, wobei zugleich nach Aufgabe preisgünstiger Objekte mehrere neue großräumige und entsprechend kostenträchtige Parteizentren eingerichtet wurden
- die Großveranstaltungen und sonstige landesweit durchgeführte Propagandaeinsätze
- die in unvermindert hohen Auflagen verbreiteten Schriften
- die erhebliche Unterstützung ihrer Neben- und beeinflussten Organisationen.

Diese Kosten konnten nach wie vor von der DKP nicht aus eigener Kraft gedeckt werden. Es ergaben sich auch 1988 Anhaltspunkte für erhebliche finanzielle Zuwendungen der

2.2.4 Publikationen

Die DKP sieht - in Anlehnung an die Lehren Lenins - die Presse in der Funktion des "kollektiven Organisators". Sie betreibt eine im Verhältnis zu ihrer geringen Mitgliederzahl und der unbedeutenden Resonanz in der Bevölkerung ungewöhnli-

che umfangreiche Pressearbeit. Ihr wichtigstes Propagandainstrument ist das Zentralorgan "Unsere Zeit" (UZ). Es erscheint täglich in einer Auflage von ca. 21.000, die Wochenendausgabe in etwa 39.000 Exemplaren. Daneben werden regelmäßig in größeren, jedoch zahlenmäßig unterschiedlichen Auflagen folgende überregionale Schriften herausgegeben:

- DKP-Pressedienst
- Marxistische Blätter
- Nachrichten (für Gewerkschaftsangehörige)
- Infodienst (für DKP-Betriebs-, Wohngebiets- und Hochschulzeitungen)
- die deutschsprachige Ausgabe der internationalen Zeitschrift "Probleme des Friedens und Sozialismus"
- Praxis (für DKP-Grundeinheiten).

Eine besondere Rolle nehmen die Betriebs-, Wohngebiets- und Stadtteilzeitungen ein. 1988 konnten in Nordrhein-Westfalen ca. 90 Betriebs- und Hochschulzeitungen sowie 83 Kreis- und Stadtteilzeitungen erfaßt werden, die teilweise eine Auflage bis zu 30.000 Exemplaren erreichten.

Die Schriften werden hauptsächlich in der "Hausdruckerei" der DKP, der Firma PLAMBECK & CO. in Neuss, hergestellt und von der offensichtlich aus betriebswirtschaftlichen Gründen Ende 1987 errichteten Tochtergesellschaft "Verlags- und Vertriebsgesellschaft mbH" in Umlauf gebracht. Beide Firmen beschäftigen etwa 350 Personen.

2.2.5 Betriebsarbeit

Die DKP hat auch 1988 die Betriebsgruppen als ihre bedeutendsten Grundeinheiten bezeichnet. Sie legte den Schwerpunkt auf die Großbetriebe der materiellen Produktion, insbesondere den Bergbau, die Stahlindustrie und den Maschinenbau, da sie hier die Konzentration und den gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Arbeiter gegenwärtig und auf absehbare Zeit im höchsten Maß für gegeben hält. Allerdings sind auch die Groß- und Mittelbetriebe im Handel, Banken- und Versicherungsgewerbe, im privaten und öffentlichen Dienstleistungsbereich und im Gesundheitswesen für sie von Interesse.

Zur Koordinierung und Aktivierung der Betriebsarbeit veranstaltet die DKP - wie in den Vorjahren - überörtliche Beratungen und Seminare mit Betriebsarbeitern und Funktionären einzelner Wirtschaftszweige (Metall, Bergbau, Chemie, öffentlicher Dienst, Automobilindustrie). Hierbei bildeten Arbeitsplatzabbau sowie Arbeitszeitverkürzung politische Diskussionsschwerpunkte. Eine nennenswerte Resonanz, auch von den Teilnehmerkreisen her, war nicht zu verzeichnen.

Die DKP führte zwei überregionale Großveranstaltungen durch:

- Am 23. April 1988 fand auf Einladung des Parteivorstandes in Gelsenkirchen-Buer unter Beteiligung von etwa 130 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet ein "Erstes bundesweites Treffen für Beschäftigte aus Betrieben und Verwaltungen des öffentlichen Dienstes (mit Ausnahme von Bundespost und Bundeshahn)" statt.
- Wie dem Referat eines DKP-Funktionärs zu entnehmen war, sollen derzeit mehr als ein Drittel der Betriebsgruppen im Dienstleistungssektor (Schwerpunkt bei den Kommunalvertretungen und im Gesundheitswesen) arbeiten,

wobei die Parteiarbeit im Bereich des öffentlichen Dienstes oftmals sehr reduziert sei.

- Die Bezirksorganisation Ruhr-Westfalen veranstaltete am 28. Mai 1988 in Gelsenkirchen ihr "4. Betriebsräteforum" für Mitglieder von Betriebs- und Personalräten, Mitarbeitervertretungen sowie Jugend- und Ausbildungsververtretungen. Einen Schwerpunkt bildeten die Beratungen über die aktuelle Lage im Stahlbereich des Ruhrgebietes. Wie das Referat eines Mitgliedes des Bezirkssekretariats verdeutlichte, ist es der DKP bei den Auseinandersetzungen in Hattingen, Oberhausen und Rheinhausen nicht in dem gewünschten Maße gelungen, wirkungsvoll auf den Erhalt von Arbeitsplätzen Einfluß zu nehmen. Auch sei die Koordinierung und Abstimmung der Tätigkeit der kommunistischen Mandats- und Interessenvertreter sowie der DKP-Betriebsgruppen im Bereich der Stahlindustrie nicht zufriedenstellend gewesen.

Trotz ihrer intensiven Bemühungen, die Betriebsarbeit zu intensivieren, ist es der DKP 1988 nicht gelungen, nachhaltigen Einfluß in den Betrieben zu gewinnen. Auch im Bereich des öffentlichen Dienstes war ein Rückgang der Aktivitäten festzustellen.

2.2.6 Schulung

Die DKP widmet auch 1988 der Schulung ihrer Mitglieder große Aufmerksamkeit, da nach ihrer Auffassung durch das "Nahebringen der marxistischen Weltanschauung die Grundlage geschaffen werden kann, diese in praktischer Politik anzuwenden".

Der DKP stehen folgende Einrichtungen zur Verfügung:

- Betriebsarbeiterschulen mit dem Ziel der Weiterbildung von DKP-Mitgliedern, die in Betrieben und in den Gewerkschaften wichtige Funktionen ausüben oder erlangen sollen
- die parteieigene "Karl-Liebknecht-Schule" (mit Internat) in Leverkusen, die 1988 über 40 Grund- und Speziallehrgänge anbot
- das Institut für marxistische Studien und Forschungen e.V. in Frankfurt/Main
- das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der KPdSU in Moskau und die SED-Parteischule "Franz Mehring" in Ost-Berlin, die nach dem Willen der DKP von allen hauptamtlichen Funktionären besucht werden soll
- der Verein Marx-Engels-Stiftung e.V. in Wuppertal
- die Marxistische Arbeiterbildung (MAB) in Wuppertal als Dachverband der lokalen MAB-Bildungsgruppen und der marxistischen Abendschulen (MASCH).

Daneben legt die DKP Wert auf die Bildungsabende in den Grundorganisationen. Diese werden jedoch nur unregelmäßig durchgeführt und waren im übrigen nur unzureichend besucht.

2.2.7 Schwerpunkte der Parteiarbeit

Der 9. Parteitag vom 6. - 8. Januar 1989 in Frankfurt/Main stand unter der Losung "Für die Erneuerung der Bundesrepublik - Neues Denken und solidarisches Handeln in unserem Land und in der DKP". Es nahmen 646 ordentliche Delegierte und 117 Gastdelegierte teil, darunter 279 Delegierte aus Nordrhein-Westfalen. Auf Einladung der DKP waren 52 Delegationen bzw. Vertreter anderer kommunistischer

Parteien, befreundeter Organisationen sowie sog. nationaler Befreiungsbewegungen erschienen.

Der Parteitag stand im Zeichen der krisenhaften innerparteilichen Entwicklung der DKP sowie der Auseinandersetzungen über den künftigen Kurs der Partei. Die inhaltlichen Streitpunkte betrafen im wesentlichen die Frage, ob die Krise der Partei durch eine grundlegende Erneuerung bewältigt werden sollte oder ob unter weitgehender Bewahrung der bisherigen programmatischen Grundsätze ein behutsames Erneuern und Weiterentwickeln erforderlich ist. Zum erstenmal hatten sich 14 Gegenkandidaten zum Listenvorschlag des Parteivorstandes zur Wahl gestellt, die jedoch bei der Abstimmung überwiegend scheiterten. Bei der über zehnstündigen Personaldebatte kam es zu außergewöhnlich heftigen gegenseitigen Angriffen.

Die Delegierten wählten Herbert MIES aus Düsseldorf und Ellen WEBER aus Frankfurt erneut zum Vorsitzenden bzw. zur stellvertretenden Vorsitzenden. MIES erhielt jedoch lediglich 71 % der Delegiertenstimmen.

Der Parteivorstand ist gegenüber dem bisherigen um zwei Personen erweitert worden und hat sich verjüngt. Der Anteil der Frauen ist gestiegen. Von den 96 Mitgliedern des Parteivorstandes haben 36 ihren Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Themen Arbeit, Frieden und innerparteiliche Demokratie. Als aktuelle Hauptaufgaben der Partei bezeichnete Herbert MIES "den Kampf um Arbeit für alle, den Frieden in Europa, der sicherer, stabil und dauerhaft zu machen sei, und die Überwindung der widerspruchsvollen und ernsten Lage der Partei durch Diskussion und Aktion". MIES erklärte u. a., die Partei sei in "bisher beispiellose innere Widersprüche geraten - Handlungsfähigkeit und Einheit seien bedroht. Notwendig sei die Festigung der Einheit in der Aktion, die Zusammenführung der Kraft der Partei auf der Grundlage einer gemeinsamen politischen Linie und Handlungsorientierung". Er forderte die "weitere Demokratisierung des innerparteilichen Lebens, die kritische und selbstkritische Aufarbeitung der politischen Praxis der Partei, ihrer Führungsarbeit und die Aufarbeitung offener bzw. strittiger Fragen ihrer Geschichte". Er gab bekannt, daß die DKP seit dem letzten Parteitag (Mai 1986) über 10.000 Mitglieder verloren hat. Nach offiziellen Parteiangaben beträgt die Mitgliederzahl 47.513; tatsächlich dürfte sie bei etwa 35.000 liegen. Dem Parteitag gelang es nicht, die gegensätzlichen Positionen einander näher zu bringen. Die Oppositionsgruppe in der Partei hält eine Erneuerung der Partei nur dann für realistisch, wenn die Führungsgremien statt verbaler Lippenbekenntnisse die Entscheidungsprozesse transparent gestalten, die innerparteiliche Demokratie mit Leben erfüllen und mit persönlicher Überzeugungskraft für den Wandel der Partei eintreten.

Der Parteitag verabschiedete eine EntschlieÙung "Zu den Aufgaben der DKP im Jahre 1989". Darin wird gefordert, eine "friedensorientierte und demokratische Reformalternative" zu entwickeln und durchzusetzen.

Die dem Parteitag vom Parteivorstand vorgelegten Entwürfe "Bundesrepublik 2000" sowie "Zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP", die bereits zuvor eine erbitterte Auseinandersetzung zwischen "Traditionalisten" und "Erneuerern" innerhalb der Partei ausgelöst hatten, sollen auf einem außerordentlichen Parteitag spätestens im Februar 1990, abschließend behandelt werden.

Die Bezirksorganisationen Ruhr-Westfalen und Rheinland-Westfalen stellten ihre diesjährige traditionelle "Woche der DKP" vom 23. bis 30. Januar 1988 inhaltlich im wesentlichen unter die Themen "Solidarität mit Rheinhausen" und die "Kämpfe um die Erhaltung der Arbeitsplätze bei Stahl und Kohle". Hierbei verzichteten beide Bezirksorganisationen auf größere Aktionen, insbesondere auf ihre Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit. Es wurden lediglich verstärkt Flugblätter, Betriebs- und Wohngebietszeitungen herausgegeben sowie Info-Stände errichtet.

Zum "Internationalen Frauentag" am 8. März 1988 stellte die DKP die Themenschwerpunkte

- "Kampf um Frieden und Abrüstung - keine Frau zur Bundeswehr"
- "Kampf um Arbeitsplätze und Arbeitszeitverkürzung; weg mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz; gegen Flexibilisierung und Lohndiskriminierung"
- "Widerstand gegen das Beratungsgesetz zum Paragraphen 218 - für das Selbstbestimmungsrecht der Frau!"

in den Vordergrund ihrer politischen Aktivitäten. Diese beschränkten sich örtlich - wie in den Vorjahren - im wesentlichen auf die Errichtung von Informationsständen, das Verteilen von roten Nelken und das Verbreiten von Flugblättern. Einige Veranstaltungen fanden unter Mitwirkung von Künstlern aus der DDR statt.

Am 12. und 13. November 1988 fand in Gladbeck unter der Devise "Für eine menschliche Zukunft solidarisch handeln" die 9. Bezirksdelegiertenkonferenz der Bezirksorganisation Ruhr-Westfalen statt. An ihr nahmen 506 ordentliche Delegierte teil.

Die zum Teil sehr kontrovers geführten Diskussionen über die Wahlen zu den einzelnen Gremien nahmen einen Großteil der Konferenz in Anspruch. Bei 120 Gegenstimmen wurde Heinz CZYMEK zum Bezirksvorsitzenden wiedergewählt. Der bisherige stellvertretende Vorsitzende wurde in seinem Amt bestätigt. Gleichfalls wurden die acht Mitglieder umfassende Bezirksschiedskommission sowie die Bezirksrevisionskommission neu gewählt.

Da aus Zeitgründen nicht alle Diskussionsbeiträge und Anträge behandelt werden konnten, fand am 18. Dezember 1988 in Gladbeck eine außerordentliche Bezirksdelegiertenkonferenz zur Lage der Partei statt. Wesentliche Konferenzpunkte waren neben der Diskussion zur Lage und künftigen Entwicklung der Partei die Verabschiedung von Anträgen u. a. zur Überarbeitung des "Ruhrgebietsprogramms" sowie zu neuen Zielsetzungen zur Parteientwicklung.

Auf der am 12./13. November 1988 in Düsseldorf sowie am 19. November 1988 in Köln durchgeführten 9. Bezirksdelegiertenkonferenz der Bezirksorganisation Rheinland-Westfalen wählten die 325 stimmberechtigten Delegierten Heinz HUMBACH erneut zum Vorsitzenden. Die bisherige stellvertretende Vorsitzende wurde in ihrem Amt bestätigt. Der neugewählte Bezirksvorstand wurde um 4 Personen auf 67 Vorstandsmitglieder erweitert. Nach längerer Personaldiskussion wurden gleichfalls die Bezirksrevisionskommission sowie die von bisher 8 auf 10 Parteimitglieder erhöhte Bezirksschiedskommission neu gewählt.

Aus dem Rechenschaftsbericht geht hervor, daß die Partei eines Klärungsprozesses bedarf, der über die Programmdiskussion hinausgeht. Es erhebe sich die Fra-

ge, wie die Partei Ihre Position in der Arbeiterklasse festigen könne. Außerdem wurde Kritik an den mangelnden Eigeninitiativen in den Grundeinheiten geübt.

Georges MARCHAIS, Generalsekretär der Französischen Kommunistischen Partei (FKP), hielt sich auf Einladung der DKP in Begleitung zweier Mitglieder des ZK der FKP vom 17. bis 19. November 1988 in der Bundesrepublik Deutschland auf.

In Gesprächen mit dem Vorsitzenden Herbert MIES und weiteren Mitgliedern der DKP-Führung wurden im Hause des DKP-Parteivorstandes in Düsseldorf internationale Fragen sowie die Entwicklung in den jeweiligen Ländern erörtert. In einem Abschlußkommunique weisen die beiden Parteien auf das Ziel hin, gemeinsam über Ländergrenzen hinweg eine Politik des Sozialabbaus zu bekämpfen und Aktivitäten für den Erhalt des Friedens zu entfalten.

Die Bezirksorganisationen Ruhr-Westfalen und Rheinland-Westfalen entsandten 1988 auf Einladung der SED-Bezirksleitungen Halle, Leipzig und Karl-Marx-Stadt ca. 90 Delegationen in die DDR. Es handelt sich um Delegationen aus

- Stadtteil- und Betriebsgruppen
- Kreisvorstandsmitgliedern
- Betriebsarbeitern
- Teilnehmern an Lehrgängen von Betriebsarbeiterschulen
- Eltern, deren Kinder zu Ferientaufenthalten in der DDR weilten oder dorthin eingeladen sind.

Sie umfaßten in der Regel nicht mehr als 15 Personen. Auf dem Programm standen Vorträge über das Gesellschaftssystem der DDR, Betriebsbesichtigungen, der Besuch gewerkschaftlicher Bildungseinrichtungen und der Besuch von Kreispartei-schulen der SED durch Funktionärsdelegationen.

In den am 20. November 1987 beschlossenen "Richtlinien zur Arbeitsplanung 1988 für alle Kreis- und Grundorganisationen" hatte die Bezirksorganisation Ruhr-Westfalen als "Orientierung für 1988" u. a. die "Verstärkung unserer antifaschistischen Arbeit" festgelegt.

Zur Durchsetzung der in dem "Orientierungspapier" aufgestellten Forderung nach Entwicklung breiterer antifaschistischer Bündnisse bediente sich die DKP in den meisten Fällen der Hilfe anderer Organisationen, ohne selbst in Erscheinung zu treten.

2.3 DKP-orientierte Jugend- und Studentenorganisationen

2.3.1 Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend

Die SDAJ befindet sich seit Anfang 1988 in einer Krise, die den Verband bundesweit in zwei Lager teilt. Eine Seite tritt für eine demokratische Erneuerung des Verbandes von der Basis her ein, die andere beharrt auf alten ideologischen Standpunkten. Auslösendes Moment sind die Veränderungen in der Sowjetunion. Die dadurch entstandene Polarisierung im Verband führte dazu, daß die SDAJ in weiten Teilen handlungsunfähig wurde und infolgedessen keinen wesentlichen Einfluß auf jugendpolitische Aktionen mehr gewinnen konnte.

Die Zahl der Mitglieder ging bundesweit von 15.000 auf 6.500 zurück. In Nordrhein-Westfalen um mehr als die Hälfte von 4.600 auf nunmehr 2.000.

Einzig herausragende Aktivität war das von der SDAJ gemeinsam mit dem Marxistischen Studentinnen- und Studentenbund Spartakus (MSB) am 4. und 5. Juni 1988 in Herne organisierte "Festival der Jugend". An beiden Tagen beteiligten sich jeweils ca. 40.000 Personen an der sich vordergründig als Rock- und Popfestival darstellenden Veranstaltung. Neben zahlreichen bekannten Künstlern aus der populären Musikszene beteiligten sich an den Diskussionen führende Funktionäre vor, SDAJ, MSB und DKP, darunter u. a. Ellen WEBER, stellvertretende DKP-Vorsitzende, und Birgit RADOW, Bundesvorsitzende der SDAJ und Mitglied des DKP-Präsidiums.

2.3.2 Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus (MSB)

Der MSB kann, obwohl die Mitgliederzahlen in Nordrhein-Westfalen von ca. 1.400 auf ca. 950 (Bund: von 5.000 auf 3.500) zurückgingen, immer noch als die mitgliederstärkste und einflußreichste linksextremistische Studentenorganisation angesehen werden.

Mit dem Sozialistischen Hochschulbund (SHB) ist er weiterhin bemüht, Einfluß nicht nur auf die studentischen Selbstverwaltungsorgane einzelner Hochschulen, sondern über die Mitarbeit im Koordinierungsausschuß auch auf die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) zu nehmen.

Am 7./9. Oktober 1988 veranstaltete der MSB in Hamburg mit ca. 300 Delegierten und 50 Gästen, darunter Abordnungen des Komsomol der UdSSR, der Freien Deutschen Jugend (FDJ) der DDR sowie Vertretern der SDAJ und des SHB, einen Programmkongreß unter dem Motto "Aufbruch und Erneuerung". Der Kongreß verabschiedete einen "Leitantrag", mit dem Politik, Arbeitsweise und Organisationsformen neu bestimmt werden sollen. Darin heißt es u. a., Voraussetzung revolutionären Handelns sei eine unvoreingenommene Analyse der neuen Anforderungen, die an den Marxismus und an marxistische Organisationen herangetragen werden. Dabei seien Brüche mit der bisherigen Theorie und Praxis erforderlich.

2.3.3 Junge Pioniere - Sozialistische Kinderorganisation (JP)

Die JP sollen 6 - 14jährige Kinder organisatorisch erfassen und im Sinne der orthodox-kommunistischen Ideologie indoktrinieren.

Die Mitgliederzahl ging bundesweit von 4.000 auf unter 3.000 zurück.

Die JP führten in der Zeit vom 20. Juli bis 7. August 1988 mit der DKP wieder Ferienreisen für Kinder in die DDR durch. Hierzu erklärte Achim KROOSS, Leiter der Abteilung "Jugend, Bildung, Hochschule und Sport" im Parteivorstand der DKP, in "Praxis" - Zeitschrift des Parteivorstandes der DKP, Nr. 2/88:

"Es bleibt unsere Aufgabe, diese Aktion als einen Teil der gesamten Politikpalette unserer Partei offensiver darzustellen...

Die KFA (Kinderferienaktion) muß unbedingt in die Vorbereitung der Kandidatur der DKP in der Kommunalwahlserie 1989/90 eingeordnet werden...

Das A und O erfolgreicher Werbung sind Hausbesuche. Nur durch sie können ... antikommunistische Vorbehalte abgebaut und unser Einfluß erweitert werden."

Die Hauptaufgabe der Kinderferienaktion, ständigen Kontakt zu den Eltern und Kindern zu halten, führte - wie in den Jahren zuvor - nicht zum gewünschten Erfolg.

2.4 DKP-beeinflußte Organisationen

2.4.1 Die Friedensliste (FL)

Unter dem Namen "Die Friedensliste" konstituierte sich 1984 ein neuer politischer Zusammenschluß, der in erster Linie als Wahlbündnis konzipiert war. Initiatoren bei der Entwicklung waren u. a. die DKP und die DFU, deren Mitglieder auch heute noch in den Führungsgremien auf Bundes- und Landesebene vertreten sind.

Die bereits 1987 begonnene Diskussion über eine Beteiligung an der Wahl des Europäischen Parlaments 1989 hat die "Friedensliste" 1988 durch eine breit angelegte Mitgliederbefragung weitergeführt. Nach einer Grundausswertung faßte ihr Bundesvorstand folgenden Tendenzbeschuß:

- "Auf Grundlage der Befragung (der Mitglieder-/UnterstützerInnen mit einer Rücklaufquote von 40%) hielt der Bundesvorstand auf seiner Tagung am 2.7.1988 nach kontroverser Debatte fest, daß
- der Bundesvorstand empfehle, entsprechend dem Umfrageergebnis auf einer Bundesversammlung der FL im November den endgültigen Kandidaturverzicht für die EG-Wahl '89 zu beschließen; ...".

Die "Friedensliste" hat daraufhin auf ihrer 9. Bundesmitgliederversammlung am 20. November 1988 beschlossen, nicht zu kandidieren.

2.4.2 Deutsche Friedens-Union (DFU)

Die DFU betätigte sich auch 1988 in enger Abstimmung mit der DKP sehr engagiert in der Friedensbewegung.

Ihre Mitgliederzahl blieb mit 400 in Nordrhein-Westfalen (Bund: 1.000) weitgehend konstant. Am 17. Januar 1988 fand in Essen die Landeskonferenz der DFU Nordrhein-Westfalen statt, an der 65 Delegierte und ca. 20 Gäste teilnahmen. Im Rechenschaftsbericht wurde der Abschluß des sowjetischen-amerikanischen Abkommens über die Abschaffung der atomaren Mittelstreckenraketen als "ein Ergebnis der Beharrlichkeit und der vielen Aktivitäten der internationalen Friedensbewegung" dargestellt.

Hervorgehoben wurden darüber hinaus die Zusammenarbeit mit der "Krefelder Initiative", die "traditionsreichen Beziehungen zur Nationalen Front der DDR" sowie die Mitarbeit der "Freunde der DFU" an den Vorbereitungen der Großaktionen der Friedensbewegung.

Auf dem "Unionstag" der DFU am 23./24. April 1988 in Frankfurt/Main, an dem 176 stimmberechtigte Mitglieder teilgenommen haben, sprach u. a. Ellen WEBER, stellvertretende DKP-Vorsitzende. Aus dem vorgetragenen Rechenschaftsbericht geht hervor, daß die DFU im erheblichen Maß in die Bündnispolitik eingebunden ist.

Eine Satzungsänderung wurde beschlossen, wonach an die Stelle des bisherigen Direktoriums ein Arbeitsausschuß des Bundesvorstands der DFU treten soll. In den neugewählten Bundesvorstand wurden 14 Personen aus Nordrhein-Westfalen gewählt.

2.4.3 Demokratische Fraueninitiative (DFI)

Am 24. April 1988 veranstaltete die DFI in Düsseldorf ein "Solidaritätsfest". Unter den mehr als 400 Teilnehmern befanden sich Mitglieder des Präsidiums und des Sekretariats des DKP-Parteivorstandes.

Die DFI führte am 28. Mai 1988 in Dortmund eine Regionalkonferenz durch, an der etwa 30 Personen, darunter auch Vertreterinnen des "Demokratischen Frauenbundes Deutschlands" (DFD) aus Suh/DDR teilnahmen. Schwerpunkt war u. a. die Diskussion über die Durchführung von Protestaktionen gegen das geplante Beratungsgesetz zum § 218 StGB.

2.4.4 Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK)

Die politischen Aktivitäten der DFG-VK beschränkten sich 1988 im allgemeinen auf die Teilnahme an Veranstaltungen des linksextremistischen Spektrums.

Die Mitgliederzahl liegt in Nordrhein-Westfalen bei etwa 3.700 (Bund: 11.000).

Am 2./3. Dezember 1988 fand in Köln die Landeskonferenz statt, an der ca. 150 Personen teilnahmen.

Aus dem vorgelegten Rechenschaftsbericht des Vorstandes ist ersichtlich, daß der Mitgliederverlust in Nordrhein-Westfalen weiterhin anhält.

Nach eigenen Angaben soll die seit 1985 bestehende finanzielle Krise behoben sein.

2.5 Neue Linke

2.5.1 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Die MLPD bekennt sich nach wie vor zu den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin und erhebt insofern den Anspruch, "die" revolutionäre Partei der "Arbeiterklasse" zu sein. Dabei läßt sie keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie ihre Vorstellungen notfalls auch mit Gewalt durchsetzen will. Sie blieb auch 1988 eine der mitgliederstärksten Gruppen im Bereich der "Neuen Linken". Bundesweit ist sie in 16 Bezirke und über 100 Ortsgruppen und Stützpunkte untergliedert. In Nordrhein-Westfalen bestehen die Bezirke Ruhr, Rheinland, Nordwestfalen und Südwestfalen.

In ihren Aktivitäten wird sie dabei von ihren Nebenorganisationen

- dem Marxistisch-Leninistischen Schüler- und Studentenverband (MLSV)
- dem Marxistisch-Leninistischen Bund Intellektueller (MLBI)
- dem Arbeiterjugendverband/Marxisten-Leninisten (AJV/ML) sowie der Kinderorganisation
- "Rotfüchse"

unterstützt.

Die in Nordrhein-Westfalen über ca. 600 Mitglieder (bundesweit 1.300) verfügende Partei soll ihre politische Arbeit ausschließlich aus Beiträgen und Spenden finan-

zieren. Hierbei stützt sie sich auch auf den Verkauf ihres Zentralorgans "Rote Fahne", welches wöchentlich in einer Auflagenhöhe von ca. 10.000 Exemplaren erscheint. Vom 17.-19. Juni 1988 führte die MLPD in Duisburg unter dem Motto "Mutig und selbstbewußt in die Offensive gehen" konspirativ ihren 3. Parteitag durch. Neben der Wahl der neuen Leitungsgremien beschloß der Parteitag einstimmig Resolutionen zu den Themen:

- Zum Kampf um die Einheit der internationalen leninistischen Bewegung
- Zur Beteiligung der MLPD an den Europa- und Kommunalwahlen 1989 und
- Zur Entwicklung des Marxistisch-Leninistischen Bundes Intellektueller zu einer Massenorganisation für die werktätige Intelligenz.

Unter Beteiligung von etwa 1 800 Personen (nach eigenen Angaben) fand am 16. Juli 1988 in Köln eine Großveranstaltung der MLPD zu ihrem 3. Parteitag statt. Vertreter mehrerer ausländischer Organisationen überbrachten Grußadressen.

Eine unter dem Motto "Stärkt die Arbeiterpresse" durchgeführte Spendenkampagne zum 3. Parteitag erbrachte - nach eigener Verlautbarung - bis Anfang September 1988 einen Spendenstand von 615.000 DM.

Zu der Wahl des Europäischen Parlaments 1989 kandidiert die MLPD als "sozialistische Alternative". Die Delegierten aus den MLPD-Bezirken wählten auf einem außerordentlichen Parteitag am 1. Oktober 1988 10 Kandidaten und 2 Ersatzkandidaten.

2.5.2 Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)

Die 1986 durch Zusammenschluß der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) (KPD) und der trotzkistischen Gruppe Internationale Marxisten (GIM) entstandene VSP blieb 1988 ohne besondere Ausstrahlung; die Zahl der Mitglieder ging weiter zurück. Bundesweit dürfte die Partei über ca. 450 Mitglieder (NRW: ca. 180) verfügen.

Sie bezeichnet sich als "kleine sozialistische, revolutionäre Partei" mit dem Ziel einer "von tatsächlicher Arbeitermacht geprägten sozialistischen Demokratie". Es soll eine "revolutionäre sozialistische Massenpartei" geschaffen werden, die die Arbeiterbewegung zur erfolgreichen Führung des Klassenkampfes befähigen soll, um eine politische Revolution zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft und eine Zerstörung des Staatsapparates "von Grund auf" zu erreichen.

Die VSP ist nach wie vor bestrebt, einen Zusammenschluß mit anderen Gruppierungen der "Neuen Linken" herbeizuführen. Dies ergibt sich auch aus dem von der VSP auf ihrer 1. Zentralen Delegiertenkonferenz vom 26.-28. Februar 1988 in Düsseldorf gefaßten Beschluß, die Diskussionen über mögliche Fortschritte zur Einigung der revolutionär-sozialistischen Linken fortzuführen. Außerdem beschlossen die ca. 100 Delegierten eine Beteiligung der VSP an der Wahl des Europäischen Parlaments 1989. Am 28./29. Mai 1988 organisierte die VSP in Köln ein erstes zentrales Treffen ihrer Mitglieder aus dem Betriebs- und Gewerkschaftsbereich. Ziel dieser künftig zweimal im Jahr geplanten Treffen soll es sein, der VSP in diesem "zentralen Politikbereich ein größeres Maß an Verbindlichkeiten und gemeinsamer Positionsbildung zu ermöglichen".

2.5.3 Marxistische Gruppe (MG)

Die MG wird zentral von dem organisatorischen Schwerpunkt München aus gelenkt. Ziel der MG ist die totale Zerschlagung des Kapitalismus, dazu bedarf es nach ihren Vorstellungen der Schulung von Intellektuellen, die dem Proletariat, das für den revolutionären Auftrag noch nicht reif ist, die revolutionäre Theorie vermitteln sollen. Sie bezeichnet sich selbst als kommunistische Organisation, die die Revolution anstrebt. Die Mitgliederzahl blieb 1988 in Nordrhein-Westfalen mit 250 konstant; sie stieg auf Bundesebene nach Schätzungen von 1.800 auf 3.000.

Zur politischen Festigung der Anhänger werden intensive Schulungen für Sympathisanten und Kandidaten durchgeführt. Nach erfolgreich abgeschlossener Schulung erfolgt die Aufnahme als Mitglied.

In Nordrhein-Westfalen konzentriert die MG ihre Aktivitäten in den Städten Bochum, Dortmund und Duisburg.

Zentrale Publikationsorgane der MG sind die "MSZ Marxistische Streit- und Zeitschrift - Gegen die Kosten der Freiheit" und die "Marxistische Arbeiterzeitung" (MAZ). Daneben erscheinen in Nordrhein-Westfalen u. a. die "Dortmunder Hochschulzeitung", "Bochumer Hochschulzeitung", "Marxistische Hochschulzeitung" und "Marxistische Schulzeitung".

2.6 Anarchismus

Anarchistische Gruppen - das Spektrum reicht von der "Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen" (FÖGA) über die "Freie Arbeiter-Union" (FAU) und die örtlichen anarchistischen Kleingruppen bis hin zu "militanten Autonomen" - ordnen sich keiner zentralen Führung unter, sind jedoch zur Zusammenarbeit in Aktionsbündnissen bereit. Ihr gemeinsames Ziel ist die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland "revolutionär" zu beseitigen.

Bei den örtlichen anarchistischen Kleingruppen in Nordrhein-Westfalen haben sich Mitgliederstand und Gefüge nicht verändert, in ihrer Gesamtheit sind sie bedeutungslos.

Die FÖGA propagiert die "gewaltfreie Revolution" und strebt eine dezentrale Gesellschaftsordnung an, in der die "Herrschaft des Staates" durch die "Macht der Basis" ersetzt ist. Sie ist bundesweit "Anlauf-, Koordinierungs- und Servicestelle" der anarchistischen Graswurzelbewegung.

Die anarcho-syndikalistische FAU lehnt eine Organisierung in zentralistischen Parteien oder sonstigen Zusammenschlüssen ab. Statt dessen wird eine Selbstorganisation der Arbeitenden in autonomen Gruppen angestrebt. Ziel ist die herrschaftsfreie, auf Selbstverwaltung gegründete Gesellschaft, die es mittels "direkter Aktion", wie Streiks, Boykotts usw. herbeizuführen gilt.

Besondere Bedeutung kommt den ebenfalls anarchistischen Grundvorstellungen anhängenden "militanten Autonomen" zu. Sie fühlen sich keiner einheitlichen Ideologie verpflichtet, verfügen auch nicht über feste organisatorische Gliederungen und sehen in der Anwendung von Gewalt ein legitimes Mittel zur Erreichung ihrer Ziele. Bei Kundgebungen und Demonstrationen fallen sie durch einheitliche schwarze Kleidung auf und rotten sich hierbei - oft ver mummt - zu "schwarzen Blocks" zusammen.

"Militante Autonome" formulierten ihre Strategie anlässlich der Vorbereitung von Protestaktionen gegen die Jahrestagung von IWF und Weltbank in der Untergrundzeitschrift "Unzertrennlich", "Autonomes Info" Nr. 4, März 87:

"Die 14.000 Strategen und Technokraten werden in diesen Tagen, im September '88, überall in der Stadt und sogar in Ostberlin wohnen, sie werden in Wagenkolonnen herumfahren und sich die Stadt ansehen. Mit ein bißchen Mühe müßte sich dieses Schauspiel in einen Hexenkessel verwandeln lassen. Wer bewacht die Mercedeskarossen, die Parkplätze, Hotels, Grenzübergänge, Nobelrestaurants und das ICC? Wer gibt acht auf herumstreunende Demonstrantengruppen, wer durchleuchtet alle Angestellten beim ICC, den Hotels und der Gepäckabfertigung? Diese Aufgabe muß den Bullenchefs schon jetzt den Angstschweiß auf die Stirn treiben.

Wir sollten alle ihre Ängste ernst nehmen. Auch wenn der Kongreß trotzdem seinen Fortgang nehmen wird, kann den Regierenden die Lust auf solche Provokationen gründlich verdorben werden."

Die militante autonome Szene konnte ihre Zielvorstellungen weder bei der Jahrestagung des IWF in Berlin noch auf den Aktionsfeldern

- Nutzung der Kernenergie
- Antifaschismuskampagne
- Frauenfragen
- Umweltkampagne u. a.

zufriedenstellend durchsetzen und bleibt bei öffentlichen Aktionen weitgehend isoliert.

2.7 Linksextremisten und öffentlicher Dienst

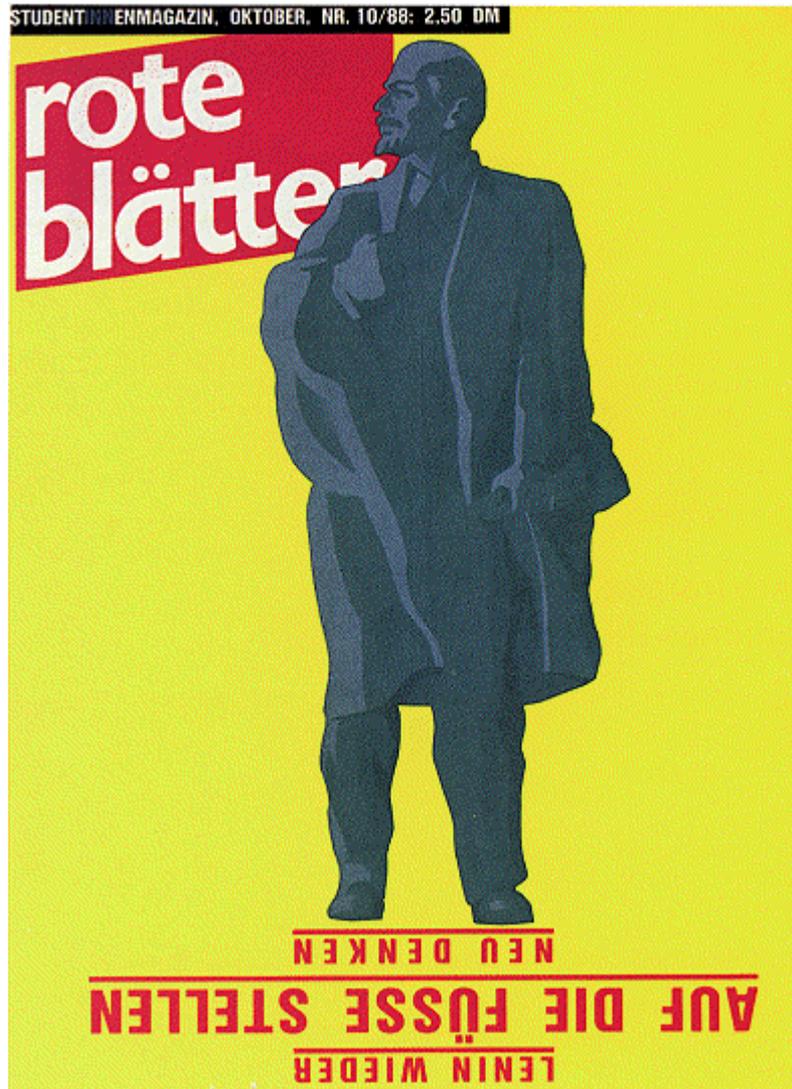
Nach dem Stand vom 31. Dezember 1988 befanden sich unter den ca. 335.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen (ohne Vorbereitungsdienst) - soweit bekannt - 249 (1987: 231) Angehörige linksextremistischer Organisationen, vornehmlich Mitglieder der DKP (232). Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr beruht darauf, daß die Zahl derjenigen, die erstmals als Linksextremisten bekannt wurden, höher war als die Zahl derjenigen, die wegen Ausscheidens aus extremistischen Organisationen sowie jahrelanger Inaktivität nicht mehr als linksextrem einzustufen sind. Berücksichtigt werden bei dieser Aufstellung nur solche Personen, die in den letzten fünf Jahren als Mitglied oder aktive Angehörige linksextremistischer Organisationen in Erscheinung getreten sind.

Die betroffenen Personen, darunter 161 Beamte, waren wie folgt beschäftigt:

- 191 als Lehrpersonal an Schulen
- 47 als wissenschaftliches oder sonstiges Personal an Hochschulen
- 11 in nachgeordneten Behörden im Geschäftsbereich
 - des Innenministers (2),
 - des Finanzministers (2),
 - des Kultusministers (3),
 - des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales (1),
 - des Justizministers (1) sowie
 - des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft (2).

Es liegen keine Erkenntnisse vor, daß diese Personen ihr berufliches Umfeld oder ihnen Anvertraute politisch zu indoktrinieren versuchten. Soweit verwertbare Er-

kenntnisse anfallen, die zu disziplinarrechtlichen Maßnahmen Anlaß geben könnten, werden die zuständigen Dienstvorgesetzten und die Ressorts unterrichtet.







3 Terrorismus

3.1 Entwicklungstendenz

Mit dem versuchten Mordanschlag auf den Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen Dr. TIETMEYER am 20. September 1988 hat die Rote Armee Fraktion (RAF) ihre Gefährlichkeit erneut unter Beweis gestellt. Die in diesem Zusammenhang von der RAF und der italienischen Terrororganisation "Brigate Rosse" angekündigte "gemeinsame Offensive" ist bisher ausgeblieben. Die ernste Bedrohung durch terroristische Gewalttaten der RAF dauert jedoch fort. Nach den polizeilichen Maßnahmen gegen mutmaßliche Mitglieder der terroristischen Vereinigungen "Revolutionäre Zellen/Rote Zora" (RZ) am 18. Dezember 1987 war im Jahre 1988 lediglich ein versuchter Anschlag der "Roten Zora" zu verzeichnen. Der Rückgang der Aktivitäten der RZ beruht vermutlich auf diesen polizeilichen Maßnahmen.

Die sonstigen politisch motivierten Gewalttaten sind auch 1988 weiter zurückgegangen.

3.2 Rote Armee Fraktion (RAF)

Am 18. Mai 1988 begann vor dem 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf die Hauptverhandlung in der Strafsache gegen Norbert HOFMEIER, Barbara PERAU, Thomas THOENE und Thomas RICHTER. Den Angeklagten wird vorgeworfen, sich 1986 der RAF als Mitglieder angeschlossen zu haben. Den Angeklagten HOFMEIER, PERAU und THOENE wird darüber hinaus zur Last gelegt, an dem Sprengstoffanschlag auf die Bundesgrenzschutzkaserne in Swisttal-Heimerzheim am 11. August 1986 beteiligt gewesen zu sein.*

Der Strafprozeß fand im terroristischen Umfeld deutliche Resonanz; Anhänger der Angeklagten störten wiederholt die Hauptverhandlung.

Am 28. Juni 1988 verkündete der 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart die Urteile in dem Strafverfahren gegen Eva Sybille HAULE-FRIMPONG und die zuletzt in Düsseldorf wohnhaften Christian KLUTH und Luitgard HORNSTEIN. Eva Sybille HAULE-FRIMPONG wurde wegen versuchten Sprengstoffanschlags auf die NATO-Schule in Oberammergau am 18. November 1984 und Beteiligung am Raubüberfall auf einen Waffenhändler in Maxdorf am 5. November 1984 sowie unerlaubten Waffenbesitzes, Munitionserwerbs und Urkundenfälschung in Tateinheit mit mitgliedschaftlicher Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung (RAF) zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 15 Jahren verurteilt. Christian KLUTH erhielt eine 10jährige Freiheitsstrafe wegen Beteiligung an dem Sprengstoffanschlag auf das Luft- und Raumfahrtunternehmen Dornier in Immenstaad am 25. Juli 1986 in Tateinheit mit mitgliedschaftlicher Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung (RAF) sowie Urkundenfälschung in zwei Fällen. Luitgard HORNSTEIN wurde wegen mitgliedschaftlicher Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung (RAF) sowie Urkundenfälschung zu vier Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Die Angeklagten haben gegen die Urteile Revision eingelegt.

Am 8. September 1988 nahm die Polizei in Düsseldorf Thomas KILPPER nach Durchsuchung seiner Wohnung fest, in der verschlüsselte schriftliche Unterlagen mit terroristischem Hintergrund, Pläne für geplante bauliche Maßnahmen am Lan-

deskriminalamt Nordrhein-Westfalen und gestohlene Ausweispapiere sichergestellt wurden. Der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof erließ am 30. September 1988 Haftbefehl wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in der RAF sowie wegen des Verdachts des Betruges und der Urkundenfälschung.

Am 20. September 1988 schossen in Bonn-Bad Godesberg Unbekannte mit einer Schrotflinte auf das Dienstfahrzeug des Staatssekretärs im Bundesministerium der Finanzen Dr. TIETMEYER. Dr. TIETMEYER und sein Fahrer blieben unverletzt.

Am 21. September 1988 erhielten vier Nachrichtenagenturen in Bonn jeweils gleichlautende Taterklärungen mit der Unterschrift "kommando khaled aker rote armee fraktion". Die Briefsendungen enthielten außerdem eine gemeinsame Erklärung der RAF und der italienischen Terrororganisation "Brigate Rosse", jeweils in deutscher und italienischer Sprache, in der die beiden Terrorgruppen eine "gemeinsame Offensive" ankündigen.

In einer weiteren, in Hagen aufgegebenen Erklärung vom 21. September 1988 brachte die RAF zum Ausdruck, daß sie ihr Ziel, Dr. TIETMEYER zu erschießen, nicht erreicht habe, weil sich die Maschinenpistole, "mit der zuerst gezielt der Fahrer ausgeschaltet werden sollte", "verklemmt" habe.

Bei dem Namensgeber des Kommandos khaled aker (akar) handelt es sich um einen Palästinenser, der am 25. November 1987 mit einem motorisierten Fluggleiter aus dem Libanon nach Israel eingeflogen war und bei einem Angriff auf israelische Soldaten ums Leben kam.

Am 15. September 1988 begann vor dem 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts in Stuttgart der Prozeß gegen Erik PRAUSS und Andrea SIEVERING, denen u. a.. vorgeworfen wird, als Mitglieder einer "Kämpfenden Einheit" am Sprengstoffanschlag auf die Firma Dornier in Immenstaad am 25. Juli 1986 beteiligt gewesen zu sein. Beide Personen wohnten vor ihrer Festnahme am 18. Dezember 1987 in Düsseldorf.**

Am 4. Oktober 1988 nahm die Polizei in Düsseldorf Rolf Erwin HARTUNG aufgrund eines bestehenden Haftbefehls wegen Verdachts der Mitgliedschaft in der RAF fest. Er wird verdächtigt, an den Sprengstoffanschlägen "Kämpfender Einheiten" am 25. Juli 1986 auf die Firma Dornier in Immenstaad sowie am 8. September 1986 auf das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln beteiligt gewesen zu sein.

Bei der Durchsuchung der Wohnung des HARTUNG wurde u. a.. umfangreiches linksextremistisch-terroristisches Schriftgut, darunter auch eine Kopie der Taterklärung der RAF zum Anschlag auf Staatssekretär Dr. TIETMEYER, sichergestellt.

* Die Angeklagten wurden am 20. Januar 1989 zu 10 Jahren (HOFMEIER), 9 Jahren (PERAU, THOENE) bzw. 4 Jahren (RICHTER) Freiheitsstrafe verurteilt.

** Am 18. Januar 1989 wurden die Angeklagten zu einer Freiheitsstrafe von je neun Jahren verurteilt.

3.3 Revolutionäre Zellen (RZ) und Rote Zora

Anfang März 1988 wurden Taterklärungen der "Roten Zora", der "autonomen Frauengruppe" in den RZ, sichergestellt, in denen sie sich bezichtigte, am 27.

Februar 1988 am Biotechnologischen Institut der Technischen Universität in Braunschweig eine Bombe gelegt zu haben. Die Taterklärungen waren unter einem fingierten Absender in Dortmund zur Post gegeben worden. Bei der polizeilichen Nachsuche wurde eine Sprengvorrichtung gefunden, deren Sprengstoff nicht gezündet hatte.

Am 26. August 1988 erhielt die Polizei in Mönchengladbach eine Postsendung, die an ein "Autonomes Plenum" Mönchengladbach adressiert war und nicht zugestellt werden konnte. Sie enthielt die terroristische Schrift "Praktische Tips - Rote Zora", in der Anleitungen zum Bau von Zeitzündern und Brandsätzen, zum Zerstören von Schlössern und Alarmanlagen sowie zu konspirativem Verhalten enthalten sind.

Weitere Exemplare dieser im August 1988 aus Mainz versandten Schrift sind auch in anderen Städten des Bundesgebietes sichergestellt worden.

Am 21. September 1988 stellte die Polizei in Bielefeld-Sennestadt in einem Erddepot eine größere Menge gewerblichen Sprengstoffs sicher, der 1987 von unbekannten Dieben aus einem Steinbruch entwendet wurde. Sprengstoff aus diesem Diebstahl wurde bei dem versuchten Sprengstoffanschlag der "Roten Zora" auf das Biotechnologische Institut der Technischen Universität Braunschweig am 27. Februar 1988 verwandt.

3.4 Terroristisches Umfeld

Gruppen und einzelne Personen des terroristischen Umfeldes setzten ihre Agitation gegen: den staatlichen "Repressionsapparat" sowie gegen "Kriminalisierung" und "Staatsschutzterror" mit Flugblattaktionen, Transparenten, gesprühten Parolen sowie mit Veranstaltungen und Demonstrationen fort. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang Veranstaltungen, die sich mit den polizeilichen Maßnahmen gegen mutmaßliche Mitglieder der RZ/Rote Zora und dem Beginn des Strafprozesses gegen Norbert HOFMEIER, Barbara PERAU, Thomas THOENE und Thomas RICHTER am 18. Mai 1988 vor dem 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf auseinandersetzten.

Eine Demonstration am 13. Oktober 1988 in Düsseldorf, zu der nicht nur in Düsseldorf, sondern auch in Duisburg, Freiburg, Hannover und München in Flugblättern aufgerufen wurde, richtete sich offenbar gegen polizeiliche Durchsuchungen und Festnahmen im September/ Oktober 1988 in Düsseldorf.

Personen des terroristischen Umfeldes beteiligten sich auch zunehmend an Aktionen der "militanten Autonomen".

3.5 Terroristische und sonstige politisch motivierte Gewalttaten

Die Polizeibehörden des Landes haben 1988 folgende Gewalttaten oder Drohungen registriert, die terroristisch oder politisch motiviert waren:

3.5.1 Ausgeführte Gewalttaten

Insgesamt wurden 1988 (in Klammern die Zahlen des Vorjahres) 72 (98) vollendete oder versuchte Gewalttaten bekannt:

1	(-)	Mordanschlag
9	(12)	Sprengstoffanschläge
33	(54)	Brandanschläge

8	(3)	gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr
7	(10)	Anschläge auf Hochspannungsmasten
14	(18)	Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendungen
-	(13)	Sabotagehandlung an Schachtsprenganlagen und Verteidigungsmitteln.

Die rückläufige Entwicklung hat sich somit auch 1988 fortgesetzt. Sie erstreckt sich, ausgenommen die "gefährlichen Eingriffe in den Bahnverkehr", auf alle Bereiche.

Die Anschläge richteten sich, wie auch in den Vorjahren, gegen öffentliche Einrichtungen und Versorgungsunternehmen, militärische Einrichtungen, Anlagen der Polizei und Bundespost, Geschäftsstellen von Parteien und Organisationen sowie gegen Kraftfahrzeuge und Baumaschinen.

Von den 42 Sprengstoff- und Brandanschlägen sind 22 dem militanten linksextremen Spektrum (1987 = 54 Fälle), 15 dem gewaltbereiten rechtsextremen Umfeld (1987 = 7 Fälle) und 3 irischen Terroristen zuzurechnen.

3.5.2 Angedrohte Gewalttaten

1988 wurden 218 Straftaten, bei denen ein politisches Motiv erkennbar war oder behauptet wurde, anonym fernmündlich oder schriftlich angedroht. Gegenüber 1987 (362 Fälle) liegt ein Rückgang von ca. 40 % vor.

In 143 Fällen handelte es sich um sogenannte Bombendrohungen, die in ihrer Mehrzahl gegen öffentliche Einrichtungen, Industrieunternehmen, militärische Objekte, Flughäfen, ausländische Vertretungen, Kaufhäuser und Banken sowie gegen Personen des öffentlichen Lebens gerichtet waren. Die 75 Fälle sonstiger Bedrohungen richteten sich vorwiegend gegen Führungskräfte aus Politik und Wirtschaft sowie gegen Presseorgane und ausländische Vertretungen.

Zusammen Kämpfen

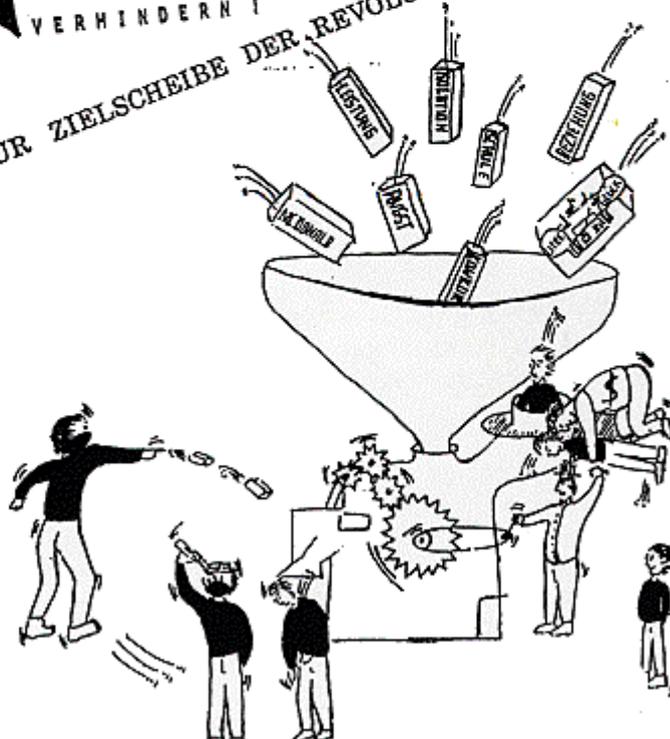
Zeitung für die antiimperialistische Front in Westeuropa

Nr. 10

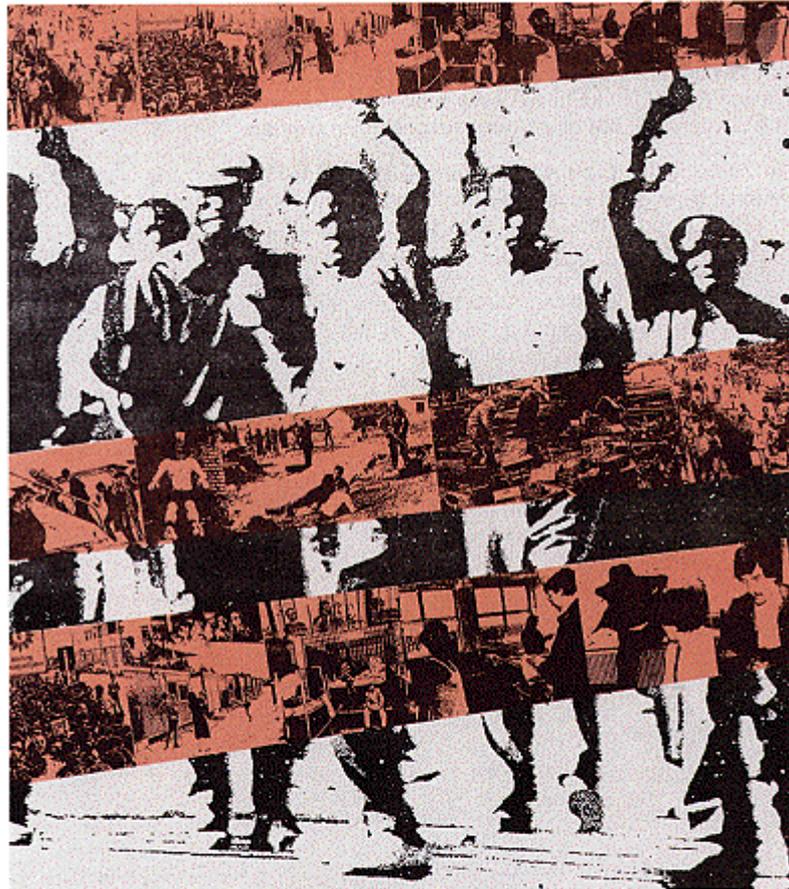
März 88

- DEN KAMPF GEGEN AKTUELLE STRATEGISCHE PROJEKTE DER IMPERIALISTISCHEN STRATEGIE FÜHREN - MIT DEM ZIEL SIE ZU VERHINDERN!

SICH SELBST ZUR ZIELSCHEIBE DER REVOLUTION MACHEN!



vervielfältigen – weitergeben !



SOZIALE REVOLUTION
GEGEN
IMPERIALISTISCHE
FLÜCHTLINGSPOLITIK



REVOLUTIONÄRE
ZELLEN

4 Ausländerextremismus

4.1 Entwicklungstendenz

Trotz der Zunahme des Ausländeranteils hat sich 1988 in Nordrhein-Westfalen das Potential ausländischer Extremisten insgesamt kaum verändert; es beträgt weiterhin schätzungsweise 44.000 Personen in annähernd 500 Organisationen. Diese Zahlen machen deutlich, daß auch 1988 die überwiegende Mehrheit der ausländischen Mitbürger - ca. 97 % - sich nicht an extremistischen Bestrebungen beteiligt hat. Unter den hier agierenden Extremisten traten schwerpunktmäßig wiederum Türken, Kurden, Iraner, Inder (Sikhs) und Srilanker (Tamilen), ferner Libanesen, Palästinenser, Jugoslawen und Iren in Erscheinung.

Der türkische Extremismus mit rd. 17.000 Anhängern äußerte sich in Gewalttätigkeiten zwischen extremen Nationalisten und andersgesinnten Landsleuten. Den Schwerpunkt der Auseinandersetzungen bildete Duisburg. In Köln wurde das umstrittene Internat des islamisch-extremistischen KAPLAN-Verbandes endgültig geschlossen.

Von Bedeutung innerhalb des türkischen Linksextremismus sind die Zusammenschlüsse der orthodox-kommunistischen Parteien sowie der von ihnen beeinflussten Arbeiterföderationen.

Moskauorientierte Kommunisten, aber auch Anhänger der Türkischen "Neuen Linken", verhielten sich häufig gewalttätig. Ziele ihrer Angriffe waren politisch andersgesinnte Landsleute und türkische Einrichtungen. Hervorzuheben sind ihre Reaktionen auf den Besuch des türkischen Staatspräsidenten Evren in der Bundesrepublik Deutschland sowie ein öffentliches "Tribunal" gegen das Heimatregime.

Unter den kurdischen Extremisten treten die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und ihre Nebenorganisationen durch Kompromißlosigkeit und Gewaltanwendung besonders hervor. Trotz polizeilicher Exekutivmaßnahmen und Verhaftung mehrerer ihrer Führungsfunktionäre droht die PKK Abtrünnigen weiterhin mit Liquidierung. Für den Sturz des KHOMEINI-Regimes agierten weiterhin iranische Extremistengruppen; einerseits Monarchisten, zum anderen orthodoxe Kommunisten, "Neue Linke" und islamische Marxisten. Bemerkenswert ist die Zunahme monarchistischer Bestrebungen; Höhepunkt bildete im Dezember 1988 eine Großkundgebung in Köln. Der Schahsohn Reza II. wurde an der Teilnahme durch ein Einreiseverbot gehindert.

Starkes Interesse fand der Düsseldorfer Strafprozeß gegen den HIZB ALLAH-Anhänger Abbas Al HAMADI wegen der Entführung deutscher Staatsbürger im Libanon und wegen verbotener Sprengstoffeinfuhr ins Bundesgebiet. Aufgrund seiner Verurteilung zu langjähriger Haft sowie zwischenzeitlicher Prozeßeröffnung gegen seinen Bruder besteht die Gefahr von Vergeltungsanschlägen und weiterer Geiselnahmen durch schiitisch-moslemische Gesinnungsgenossen.

Die harten militärischen Gegenmaßnahmen gegen den seit Dezember 1987 andauernden Aufstand ("Intifada") in den von Israel besetzten arabischen Gebieten riefen bei den extremistischen Palästinensergruppen Proteste und Widerstandsbe-

reitschaft hervor. Herausragendes Ereignis war die Aufdeckung einer palästinensischen Terrorereinheit, die über Waffen- und Sprengstofflager verfügte.

Organisierte Extremisten aus Indien (Sikhs), Sri Lanka (Tamilen) und Jugoslawien (namentlich Kosovo-Albaner), die mit Gewalt eigene Staatsgebilde in ihren Heimatländern anstreben, entfalteten in Nordrhein-Westfalen wieder zahlreiche Aktivitäten und begingen vereinzelt Gewalttaten. Kommandos der nordirischen Terrororganisation IRA verübten eine Reihe von Anschlägen gegen Angehörige und Kasernen der hier stationierten Britischen Rheinarmee.

4.2 Türken

4.2.1 Extreme Nationalisten

Ihren diesjährigen Bundeskongreß hielt extrem nationalistische Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADUTDF) - Türk-Föderation - am 25./26. Juni 1988 in Iserlohn ab. Es waren rd. 2.200 Personen anwesend. Zum 1. Vorsitzenden wurde Türkmén ONUR aus Hessen gewählt. Alparslan TÜRKES, der "Führer der Grauen Wölfe", der am Föderationskongreß 1987 in Hamm teilgenommen hatte, erschien trotz Ankündigung nicht.

Im Laufe des Jahres kam es mehrfach zu Auseinandersetzungen mit türkischen Linksextremisten:

- Rund 700 Personen besuchten Mitte Januar 1988 in Duisburg eine sogenannte Kulturveranstaltung, die vom örtlichen Mitgliedsverein der Türk-Föderation ausgerichtet wurde. Vor Beginn hatten sich etwa 80 Anhänger linksextremistischer Gruppen der Türken und Kurden versammelt. Sie verwehrten Veranstaltungsteilnehmern den Zutritt. Dabei kam es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen, so daß die Polizei einschreiten mußte.
- Der Türkische Kulturverein Hückelhoven - Mitglied der Türk-Föderation - wollte Anfang März 1988 öffentlich gegen "Menschenrechtsverletzungen in der Türkei" protestieren. Ihm gingen Bombendrohungen in türkischer Sprache zu: "werden (wir) Sprengkörper in den Zug werfen! " "Wir werden das faschistische Blut auf die Straßen gießen!" Daraufhin sagte der Verein Umzug und Kundgebung ab und beschränkte sich auf eine Saalveranstaltung (200 Teilnehmer). Zu einer von der "Grünen Offenen Liste" an gemeldeten Gegendemonstration erschienen 50 Personen, davon 40 vermutlich linksextremistische Türken. Sie agierten mit Sprechchören, Flugblättern und Ansprachen gegen den Kulturverein und "rechtsradikale Tendenzen in der Türkei".
- Am Abend des 22. Mai 1988 wurde in Duisburg ein Angehöriger des Idealistischen Jugendvereins ERGENEKON (Mitglied der Türk-Föderation) von Landsleuten zusammengeschlagen und durch einen Messerstich schwer verletzt. Anschließend versammelten sich im Bereich des Tatorts bis zu 350 Anhänger verschiedener linksextremistischer Gruppen.
- Anhänger der Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/M-L) verübten im Stadtgebiet Sachbeschädigungen und Farbschmierereien und führten Plakataktionen durch. Die Auseinandersetzungen der verfeindeten Türkischen Gruppen gingen am nächsten Tag weiter.
- Unbekannte zerstörten in der Nacht zum 23. August 1988 die Inneneinrichtung des Türkischen Vereins Duisburg e.V.

Die geschädigte Organisation ist Mitglied der Union der türkisch-islamischen Kulturvereine (TIKDB), einer Abspaltung der Türk-Föderation. Vereinsmitglieder vermuten, daß die Täter von ERGENEKON stammen. Dessen Anhänger sind in der Vergangenheit wiederholt gewalttätig gegen den Unions-Verein vorgegangen.

4.2.2 Islamische Extremisten

4.2.2.1 Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V. (KAPLAN-Verband)

Der KAPLAN-Verband erstrebt den revolutionären Sturz des türkischen Regimes und die Errichtung eines islamischen Gottesstaates nach den Vorstellungen des Ayatollah KHOMEINI.

Etwa seit Mitte 1988 gibt die Islamische Union Region Köln e.V., Mitglied des KAPLAN-Verbandes, die türkischsprachige Zeitung "UMMET" (Gemeinschaft der Gläubigen) heraus. Sie erscheint zweimal im Monat und ist augenscheinlich "Nachfolgerin" von "TEBLIG" (Die Verkündigung), dem vormaligen Verbandsorgan.

Aufsehen erregte wiederholt das vom KAPLAN-Verband in Köln eingerichtete Erziehungsheim. Sein letzter Träger, der Verein Islamisches Internat für junge Moslimin in Köln, wurde Mitte März 1988 verboten; das Heim selbst im Mai 1988 durch die Stadt Köln geschlossen.

Nachdem es heimlich wieder bezogen worden war, wurde das Internat erneut geräumt und das Gebäude versiegelt. Hierbei leisteten die 70 Bewohner erheblichen Widerstand. Ein Polizeibeamter wurde verletzt und ein Transportbus beschädigt.

Eine Demonstration des KAPLAN-Verbandes am 17. September 1988 in Köln richtete sich gegen die Verfolgung der Kurden im Irak und gegen den Kemalismus in der Türkei. An ihr nahmen ca. 1.000 Personen teil. Auf Transparenten hieß es: "Der Kemalismus werde zerbrechen, der Islam kommen, die Götzen würden vernichtet." Im Anschluß daran fand in der Kölner Sporthalle eine Feier anläßlich des islamischen Jahreswechsels statt, die von über 2.000 Fundamentalisten besucht wurde.

4.2.2.2 Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V. (AMG T)

Das türkische Tageblatt "MILLI GAZETE" (Nationalzeitung), Sprachrohr der islamisch-extremistischen AMGT mit Sitz in Köln, veröffentlichte am 24./25. September 1988 eine Rede des türkischen Fundamentalistenführers Prof. ERBAKAN. Darin setzt er den Internationalen Währungsfonds (IWF) mit dem Weltzionismus gleich, dessen Ziel die Weltherrschaft und die Ausbeutung der Nationen sei. Die Türkei müsse sich so schnell wie möglich von der Pranke des Zionismus befreien, um der Unterdrückung und Versklavung zu entrinnen. Die türkische Nation werde sich vom IWF ab- und der islamischen Bewegung zuwenden.

Am 28. September 1988 brachte "MILLI GAZETE" erneut einen antisemitischen Hetzartikel. Unter der Überschrift "Der grausame Jude" werden die Juden als barbarische Ungeheuer, destruktive und defätistische Wucherer sowie als Ausbeuter diffamiert. Sie seien Anarchisten und Terroristen.

4.2.3 Orthodoxe Kommunisten

4.2.3.1 Kommunistische Partei der Türkei Einheit (TKP-B)

Mitte Februar 1988 wurden zwei Angehörige des türkischen Generalkonsulats Essen vor dem Hauptbahnhof in Duisburg von ca. 15 Landsleuten mit Eisenrohren angegriffen; sie erlitten starke Schädel- und Stichverletzungen. Vier Tatverdächtige, von denen einer der TKP-B angehört, konnten festgenommen werden. Ihrer Vernehmung zufolge waren sie von den Geschädigten angesprochen worden mit dem Ziel, kommunistisch orientierte Landsleute auszuforschen.

4.2.3.2 Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei (GDF)

Auf einem gemeinsamen Kongreß im Mai 1988 in Duisburg beschlossen die Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FIDEF) und die Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa- Einigkeit für Demokratie (DIB-AF) ihre Vereinigung zur GDF. Auf der Veranstaltung, an der ca. 500 Personen teilnahmen, trat ein Vorstandsmitglied der DKP als Gastredner auf.

4.2.3.3 Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei (TBKP)

1988 haben sich auch die Kommunistische Partei der Türkei (TKP) und die Arbeiterpartei der Türkei (TIP) zur TBKP zusammengeschlossen. Der offizielle Gründungskongreß fand am 8. Oktober 1988 in Oberhausen statt. Hieran nahmen rd. 700 Personen teil. Zum Vorsitzenden wurde Nihat SARGIN, zum Generalsekretär Haydar KUTLU gewählt. Beide befinden sich seit November 1987 in türkischer Haft.

In Nordrhein-Westfalen haben sich - vorwiegend linksextremistisch beeinflusste - Initiativen gebildet, so in Düsseldorf, Duisburg und Krefeld, die nachdrücklich für die sofortige Freilassung der türkischen Parteiführer eintreten.

4.2.4 Neue Linke

4.2.4.1 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/M-L)

und türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO)

Nahziel der konspirativ tätigen, gewaltgeneigten TKP/M-L ist die Revolution im Heimatland. Bei der TIKKO handelt es sich um eine sog. Frontorganisation dieser Partei.

Im März 1988 besetzten TKP/M-L-Anhänger in Bonn das Büro der Ausländer-Beauftragten der Bundesregierung. In einer "Presseerklärung" bezeichneten sie es als gesellschaftliche Aufgabe, sich am bewußten Klassenkampf gegen Unterdrückung, Ausbeutung und gegen das Kapital auf der ganzen Welt zu beteiligen.

Etwa seit Mitte November 1988 führten in verschiedenen Städten - so in Bielefeld, Essen, Köln, Krefeld und Münster - Anhänger der türkischen "Neuen Linken" Hungerstreiks durch. Sie protestierten gegen die Haftbedingungen im Heimatland. Die - zum Teil gewaltsamen - Solidaritätsaktionen wurden namentlich von TKP/M-L und TIKKO getragen.

In der Nacht zum 19. November 1988 deponierten Unbekannte am türkischen Generalkonsulat Essen eine Bombenattrappe. Daneben war ein Spruchband angebracht mit der türkischen Aufschrift

"Es lebe die Freiheit der im Gefängnis sitzenden Aufständischen. Mit den Folterknechten werden wir abrechnen. TKP/M-L -TIKKO".

In Dortmund versuchten gegen Ende November 1988 10 Türken unter Androhung von Gewalt, von Landsleuten Geldspenden für die TKP/M-L zu erlangen. Die Geldsammler gaben Quittungen mit dem Text aus:

"Unterstützt den Kampf für Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus! Solidarisiert Euch mit den Freiheitsgefangenen und deren Familien!"

4.2.4.2 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten Bolsevik (TKP/M-L B)

Seit Oktober 1988 verbreitet die TKP/M-L B, eine Abspaltung der TKP/M-L, im Bundesgebiet eine Flugschrift, in der sie den "westdeutschen Imperialismus" als ..einen der größten Blutsauger und Mörder der Völker der Welt" bezeichnet. Es sei notwendig, bolschewistische Parteien aufzubauen und den westdeutschen Imperialismus durch eine gewaltsame Revolution zu zerschlagen.

4.2.4.3 Reaktionen auf den Evren-Besuch

Anlässlich des Besuchs des türkischen Staatspräsidenten Kenan EVREN in der Bundesrepublik Deutschland vom 16.-21. Oktober 1988 forderten neben orthodox-kommunistischen Türken vor allem die "Neue Linke" auf Flugblättern und Plakaten bundesweit "Faschist Evren raus" und "Mörder Evren raus".

Bei Demonstrationen während des Besuchs kam es auf dem Flughafen Köln-Bonn und im Stadtgebiet Bonn zu Tötlichkeiten und Widerstandsleistungen.

4.3 Kurden

4.3.1 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Bei der PKK handelt es sich um eine der gefährlichsten extremistischen Ausländervereinigungen. Sie ist orthodox-kommunistisch orientiert und strebt einen selbständigen Kurdenstaat an. Die im Vorjahr bundesweit gegen sie durchgeführten Exekutivmaßnahmen hinderten sie nicht, weitere "Bestrafungs"- und Liquidierungsversuche gegen "Verräter an der kurdischen Sache" zu unternehmen:

- Anfang Februar 1988 wurde in Braunschweig ein ehemaliger PKK-Funktionär entführt, um in Köln vor ein "Volksgericht" gestellt zu werden. Ihm gelang es, unterwegs zu flüchten und die Polizei zu informieren.
- Desgleichen gab ein PKK-Mitglied aus Bielefeld Mitte Februar 1988 gegenüber der Kölner Polizei an, er habe seine Aktivitäten für die PKK einstellen wollen. Daraufhin sei er gewaltsam nach Köln verbracht worden, um dort getötet zu werden. Er habe jedoch fliehen können.

Seit Februar 1988 konnten 16 PKK-Funktionäre - die meisten in Nordrhein-Westfalen - festgenommen werden. Gegen sie hat der Generalbundesanwalt Anfang November 1988 vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf Anklage wegen Mor-

des, Mordversuchs und Freiheitsberaubung an Abtrünnigen und politischen Gegnern erhoben.

Auch die schon im Vorjahr praktizierten Besetzungen öffentlicher und privater Einrichtungen wurden 1988 fortgeführt. So besetzten PKK-Anhänger

- im Februar und März in Bielefeld, Bonn, Düsseldorf und Köln eine Agentur von Turkish Airlines, dpa-Büros, Geschäftsstellen des DGB-Bundesvorstands und der CDU, den Kölner Dom und das WDR-Gebäude; außerdem blockierten sie den Autobahn-Grenzübergang Elten,
- im Juli das Büro der Grünen Alternativen Liste (GAL) in Münster,
- im November ein türkisches Reisebüro in Duisburg und eine türkische Bank in Bielefeld sowie
- kurz vor Weihnachten 1988 weitere Einrichtungen in Düsseldorf und Bonn.

Ca. 1.100 PKK-Anhänger versammelten sich Anfang September 1988 zu einer "Solidaritätsveranstaltung mit dem 15. August" in Bocholt. Am 15. August 1984 hatte die PKK mit ihren bewaffneten Aktionen ("Befreiungskampf") in der Türkei begonnen.

In einer deutschsprachigen Kampfschrift von Anfang September '1988 drohte die PKK-Europavertretung - ungeachtet der deutschen Exekutivmaßnahmen - "Provokateuren" erneut: Angriffe gegen die PKK und den kurdischen "Befreiungskampf" seien zum Scheitern verurteilt. Die Partei räume Provokateuren kein Lebensrecht ein und werde ihnen die verdiente Antwort erteilen.

4.3.2 Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)

Im französischen Generalkonsulat in Düsseldorf protestierten Mitte Januar 1988 25 Anhänger der von der PKK gesteuerten ERNK gegen die Ausweisung von drei Kurden im Dezember 1987 aus Frankreich sowie gegen die Verdächtigung, ERNK sei an der Ermordung eines deutschen Konsulatsbeamten Anfang Januar 1988 in Paris beteiligt gewesen.

Seit April 1988 verbreitete ERNK auf Plakaten die Warnung an Deutsche, nicht in die Türkei zu reisen; dort stünden Bombenanschläge auf touristische Einrichtungen bevor.

4.3.3 Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereine Kurdistans in der BRD e.V. (FEYKA-KURDISTAN)

FEYKA-KURDISTAN richtete Mitte Mai 1988 eine Erklärung an die Öffentlichkeit, in der es heißt:

"Wir sagen es offen: Wie schon heute das Blut unseres Volkes an den Händen all derer klebt, die in welcher Form auch immer seine Unterdrücker unterstützen, wird vielleicht schon morgen das Blut ihrer eigenen Bürger an den Händen der Kreise in der BRD kleben, die verhindern, daß diese frühzeitig davor gewarnt werden, ihren Urlaub ausgerechnet in einem Kriegsgebiet zu verbringen."

In einer gemeinsamen mit deutschen linksextremistischen Gruppen im Sommer 1988 verfaßten Flugschrift behauptet FEYKA-KURDISTAN:

Die Bundesrepublik Deutschland habe unmittelbare ökonomische Interessen am "räuberischen Feldzug" des türkischen Regimes gegen das kurdische Volk. Dadurch bekomme die Verfolgung patriotischer Kurden durch die deutschen Staatsorgane den Charakter der Kriegsführung an einer Front im Hinterland.

Rund 1.000 Personen, darunter ca. 20 deutsche Linksextremisten, folgten dem Aufruf von FEYKA-KURDISTAN zu einer Demonstration am 18. Oktober 1988 in Bonn, die sich gegen den Besuch des türkischen Staatspräsidenten Evren in der Bundesrepublik Deutschland richtete.

4.3.4 Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin e.V. (KOMKAR)

Die neben der PKK und deren Nebenorganisationen bedeutendste Vereinigung der Kurden, die orthodox-kommunistische KOMKAR, veranstaltete im Juni 1988 in Köln ihren 10. Bundeskongreß. Man beschloß, die "Solidarität mit dem Kampf des kurdischen Volkes für das Selbstbestimmungsrecht" zu verstärken.

KOMKAR fungiert auch als Kontaktstelle des "Komitee gegen den Einsatz chemischer Waffen in Irakisch-Kurdistan". Darin sind die hiesigen extremistischen Kurdenvereinigungen (mit Ausnahme von PKK und Nebenorganisationen) vertreten. Komiteeanhänger besetzten am 10. Oktober 1988 in Bonn das Büro der Arabischen Liga. Sie protestierten dagegen, daß sich die Liga nicht für die im Irak verfolgten Kurden eingesetzt habe.

4.3.5 Union der Studenten und Jugend Kurdistans in Europa (USJKE)

Für den 9. April 1988 meldete die moskauorientierte USJKE eine zentrale Kundgebung in Bonn an. Ca. 700 Anhänger extremistischer Gruppen der Kurden protestierten gegen einen Bombenangriff mit Giftgas, den angeblich Irak auf kurdische Siedlungen geflogen hat, sowie gegen deutsche Firmen, die Anlagen für die Giftgas-Herstellung an den Irak geliefert hätten. Ein Teil der Demonstranten, der zur irakischen Botschaft zu gelangen versuchte, mußte durch eine Polizeiabspernung zurückgedrängt werden. Er reagierte mit Stein- und Flaschenwürfen. Vier Kurden wurden vorübergehend festgenommen.

4.4 Iraner

4.4.1 Volksfedayin Iran (Mehrheit)

Diese orthodox-kommunistische Gruppe, erbitterte Gegnerin des Khomeini-Regimes, feierte Mitte Februar 1988 den 17. Jahrestag ihrer Gründung. Ihre Festveranstaltung in Duisburg, an der ca. 2.500 Personen teilnahmen, wurde durch eine anonyme Bombendrohung gestört.

Anfang November 1988 organisierte sie eine Kundgebung in Bonn, mit der sie gegen die Hinrichtung von Oppositionellen im Heimatland protestierte.

4.4.2 Verein Iranischer Demokratischer Akademiker e.V. (VIDA)

und Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik e.V. (MSV)

In der VIDA sammeln sich Anhänger der persischen "Neuen Linken"; die MSV vereinigt die islamisch-marxistischen Volksmojahedin.

Eine gemeinsame Veranstaltung von VIDA und MSV zum Thema "Iran in den letzten 100 Jahren" gab es im Februar 1988 in Wuppertal.

2.500 Teilnehmer widmeten sich dem Widerstand gegen das Khomeini-Regime und der Solidarität mit den politischen Gefangenen im Heimatland.

Mit einer "Solidaritätsnacht" unterstützte VIDA die nationale Befreiungsarmee des Iran (NLA) am 11. Juni 1988 in Köln. Iranische Redner warben unter den 600 bis 700 Teilnehmern für "neue Kämpfer". Sie betonten "das gemeinsame Ziel des Kampfes zur Beseitigung des KHOMEINI-Regimes".

Am 21. Juni 1988 veranstaltete die MSV mit ca. 2.000 Teilnehmern in Bonn eine zentrale Kundgebung "zu Ehren der Märtyrer und politischen Gefangenen im Iran".

Mit Demonstrationen im September und im Dezember in Bonn (jeweils etwa 800 Teilnehmer) und einem Hungerstreik in Bonn vom 29. November bis 10. Dezember 1988 wandte sich die MSV gegen Folter und Hinrichtungen im Iran.

4.4.3 Monarchisten

Zum 8. Jahrestag der Machtübernahme demonstrierten ca. 1 150 persische Monarchisten Anfang Februar 1988 in Bonn gegen das KHOMEINI-Regime. Dieses wollen sie - notfalls mit Gewalt- beseitigen und den Schah wieder an die Macht bringen. Einige Tage später folgte eine Standkundgebung der Iranischen Monarchistischen Patrioten e.V. (IMP) vor der persischen Botschaft in Bonn.

Anläßlich des Todestages von Schah Reza Pahlewi fand Ende Juli 1988 in Mönchengladbach eine Gedenkfeier statt, an der etwa 400 Iraner teilnahmen.

Anfang August 1988 trafen sich ca. 200 Schah-Anhänger in Düsseldorf zum 82. Jahrestag der Errichtung der Monarchie in Persien. Anmelder der Kundgebung waren wie im Vorjahr die IMP. Auf Initiative der Freiheitsfront Iran (FFI) fanden sich am 4. Dezember 1988 rd. 4500 monarchistische Perser aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland in der Kölner Sporthalle ein. Wegen eines Einreiseverbots des Bundesministers des Innern konnte der Schahsohn Reza II., selbsternannter "König des Iran", nicht - wie geplant - teilnehmen.

Im Anschluß an die Veranstaltung besetzten 35 Iraner den Kölner Dom, um gegen das Einreiseverbot für Reza II. zu protestieren.

4.5 Inder (Sikhs)

Die International Sikh Youth Federation (ISYF) und Babbar Khalsa, beides militante Sikh-Organisationen, wollen im nordindischen Punjab einen unabhängigen Staat Khalistan gründen. Sie sind über den Weg zu diesem Ziel uneins, was im März 1988 in Köln und Leverkusen zu Schlägereien zwischen ISYF- und Babbar Khalsa-Anhängern führte. Dabei wurden drei Sikhs verletzt.

In Bonn reagierten separatistische Sikh-Gruppen auf die anhaltenden blutigen Auseinandersetzungen im Punjab mit Demonstrationen. Im Mai protestierten sie

gegen die Erstürmung des Goldenen Tempels von Amritsa (Sikh-Heiligtum) durch indische Soldaten; im Juni: 1988 wandten sie sich gegen den indischen Ministerpräsidenten Gandhi bei dessen Besuch der Bundesrepublik Deutschland.

4.6 Srilanker (Tamilen)

Die tamilischen Extremistengruppen verfolgen das Ziel, im Norden Sri Lankas einen selbständigen Tamilenstaat zu errichten. Die Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE), die bedeutendste und gewalttätigste unter ihnen, führte im März 1988 gleichzeitig in 12 nordrhein-westfälischen Städten eintägige Hungerstreiks gegen die bürgerkriegsähnliche Situation im Heimatland durch. Gegen das Vorgehen indischer Truppen, die von der srilankischen Regierung (Singhalesen) gegen die Tamilen zu Hilfe gerufen wurden, veranstaltete die World Tamil Movement (WTM) - eine Tarnorganisation der LTTE -

- im Februar 1988 einen bundesweiten Protestmarsch Zur indischen Botschaft in Bonn (ca. 1.800 Teilnehmer)
- im Juni 1988 eine Kundgebung in Bonn anlässlich des Besuchs des indischen Ministerpräsidenten (ca. 150 Personen).

4.7 Libanesen

Der seit Jahresbeginn anhängige Strafprozeß gegen den Libanesen Abbas Ali HAMADI vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf endete im April 1988 mit einer Verurteilung des Angeklagten zu 13 Jahren Haft. HAMADI gehört der HIZB ALLAH (Partei Gottes) an, einer - vom KHOMEINI-Regime beeinflussten - libanesischen Terrorgruppe schiitischer Moslems. Er wurde vom Gericht der gemeinschaftlichen Geiselnahme in zwei Fällen und des Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz für schuldig befunden. Das Urteil ist inzwischen rechtskräftig.

Gegen den jüngeren Bruder des Verurteilten, Mohamed Ali HAMADI, wird seit Juli 1988 vor dem Landgericht Frankfurt verhandelt. Er ist angeklagt wegen Mordes sowie einer Flugzeugentführung im Juni 1985.

4.8 Palästinenser

Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) reagierte auf das Vorgehen Israels gegen den seit Dezember 1987 andauernden Aufstand ("Intifada") in den besetzten arabischen Gebieten - Gaza-Streifen und Westjordanland - mit massiven Protesten. Ihre Informationsstelle Palästina (ISPA) organisierte Anfang Januar 1988 eine zentrale Protestkundgebung in Bonn mit etwa 1 300 Teilnehmern. Zum Abschluß verbrannten die Palästinenser eine israelische Flagge. Etwa 650 Personen versammelten sich Anfang März 1988 in Essen zu einem Protest gegen Israel, zu dem die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) aufgerufen hatte. Unter ihnen befanden sich Vertreter der DKP und anderer kommunistischer Parteien.

Im Oktober 1988 hielt sich ein maßgeblicher Funktionär der marxistisch-leninistischen Volksfront für die Befreiung Palästinas Generalkommando (PFLP-GC) unter Falschnamen bei einem befreundeten Palästinenser in Neuss auf. Von dort knüpfte er Kontakte zu anderen Angehörigen seiner Organisation im Bundesgebiet. Wegen des Verdachts auf Vorbereitung einer Terroraktion wurden am 26. Oktober 1988 in sechs Bundesländern gleichzeitig 14 Wohnungen und andere Objekte durchsucht. Dabei nahm die Polizei 14 Personen⁴ davon in Neuss - fest. Neben schriftlichen Aufzeichnungen, Blankopässen und verfälschten Ausweisen

konnten in Neuss und Frankfurt/Main unter anderem Sprengstoffe und Zündvorrichtungen sowie zahlreiche Waffen wie Panzerfaust, Handgranaten, Maschinenpistolen und andere Schußwaffen sichergestellt werden. Der Generalbundesanwalt hat inzwischen das von der Staatsanwaltschaft Düsseldorf eingeleitete Ermittlungsverfahren übernommen.

4.9 Jugoslawen

Seit Anfang 1988 agiert in Nordrhein-Westfalen die linksextremistische albanienorientierte Volksbewegung für die Republik Kosovo (VBRK). Ihr gehören jugoslawische Kosovo-Albaner an, die in Jugoslawien eine eigenständige sozialistische Republik Kosovo anstreben. Anfang November 1988 demonstrierten rd. 600 VBRK-Anhänger in Bonn für ihre Ziele; "albanische Arbeiter aus Jugoslawien" protestierten Anfang Dezember 1988 gegen "Unterdrückung der albanischen Bevölkerung in Kosovo".

4.10 Iren

Die Irish Republican Army (IRA), die mit Gewalt Nordirland von der Herrschaft Großbritanniens "befreien" will, führte 1988 eine Reihe von Terrorakten gegen die Britische Rheinarmee in Nordrhein-Westfalen durch:

- Kurz nach der Ermordung von drei britischen Soldaten in Nieuw-Bergen und Roermond (Niederlande) verübte sie am 3. Mai 1988 einen Anschlag auf einen Soldaten in Bielefeld. Das Attentat schlug fehl, weil die Autobombe am Fahrzeug des Briten rechtzeitig entdeckt und entschärft werden konnte.
- Neun leicht verletzte Soldaten und erheblichen Sachschaden verursachte ein Sprengstoffanschlag der IRA am 13. Juli 1988 auf die Glamorgan-Kaserne (Mannschaftsgebäude) in Duisburg. Die fliehenden Täter schossen aus einem Pkw auf ein Fahrzeug der Polizei.
- Bei einem weiteren Bombenanschlag am 5. August 1988 auf die Roy-Kaserne in Ratingen verletzten IRA-Anhänger drei Soldaten und eine deutsche Zivilangestellte; außerdem richteten sie Sachschaden an.
- Am Steuer seines Fahrzeugs erschöß die IRA am 12. August 1988 in Ostende einen britischen Oberstabsfeldwebel, der in Mönchengladbach stationiert war.

Mit der Festnahme zweier IRA-Angehöriger in der Nacht zum 31. August 1988 am deutsch-niederländischen Grenzübergang Waldfeucht bei Heinsberg konnte ein Ermittlungserfolg gegen die Terrororganisation erzielt werden. Im Fahrzeug der Verdächtigen entdeckten Zollbeamte Waffen und Munition. Darunter befand sich das Schnellfeuergewehr, mit dem Anfang Mai in Roermond auf britische Soldaten und am 13. Juli 1988 in Duisburg auf Polizeibeamte geschossen worden war.



5 Spionageabwehr

5.1 Entwicklungstendenz

Die Bundesrepublik Deutschland war auch 1988 intensiven Ausspähungsbemühungen der Nachrichtendienste des kommunistischen Machtbereichs ausgesetzt. Nach wie vor ist unser Staat wegen seiner geographischen Lage, seiner Bedeutung in der westlichen Staatengemeinschaft, seiner Wirtschaftskraft und seiner technischen und wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit für die Staaten des Ostblocks und deren Nachrichtendienste ein besonders wichtiges Ziel. Die Auf- und Umbruchstimmung in einigen Staaten Osteuropas als Folge von "Glasnost" und "Perestroika" hat daran nichts geändert.

Nordrhein-Westfalen mit seinen bedeutenden industriellen Ballungszentren, den vielen militärischen Einrichtungen, den zahlreichen Zentren der Wissenschaft und Forschung und nicht zuletzt mit dem Sitz der Bundesregierung und den zahlreichen diplomatischen Vertretungen bietet gegnerischen Nachrichtendiensten "ein reiches Betätigungsfeld".

5.2 Zielrichtung/Zielobjekte

5.2.1 Politische Spionage

Der Bereich der politischen Spionage umfaßt die Ausspähung von Behörden des Bundes - einschließlich Bundesbahn und Bundespost - der Länder und der Kommunen, von supranationalen Dienststellen, Parlamenten, Gewerkschaften, Emigranten und Emigrantenvereinigungen sowie Asylanten, um nur einige Zielobjekte zu nennen. Die politische Spionage lag im Jahr 1988 an der Spitze östlicher Ausspähungsbemühungen.

Ein Beispiel für die Ausspähung der Ostemigranten in Nordrhein-Westfalen soll dies verdeutlichen:

Der Geschäftsmann Willi D. aus X., der die deutsche Staatsangehörigkeit und gleichzeitig die eines östlichen Landes besitzt, wird anlässlich des Besuchs seines Heimatortes von Angehörigen des dortigen Geheimdienstes um ein Gespräch gebeten, in dessen Verlauf er mit einer Reihe von Details aus seinem Geschäfts- und Privatleben konfrontiert wird, so z. B. mit seiner schwierigen finanziellen Lage. Ihm wird bedeutet, daß man für sein finanzielles Dilemma einen Ausweg wisse. Dies ginge aber nur, wie im Geschäftsleben üblich, über Leistung und Gegenleistung. Ihm wird gesagt, im Bereich seines Wohnortes gebe es eine Organisation, die gegen den Frieden gerichtet sei und die die Beziehungen zwischen seinem Heimatland und der Bundesrepublik Deutschland schwer belaste. Ihm wurde weiter deutlich gemacht, daß seine Gegenleistung sich nicht gegen die Bundesrepublik Deutschland richte, sondern ausschließlich gegen eine Organisation, die die Freiheit in diesem Lande mißbrauche. Willi D., der schon lange nach einem Ausweg aus seiner finanziellen Situation gesucht hatte, ergreift die Gelegenheit und sagt eine Zusammenarbeit zu. Er verpflichtet sich, für den fremden Nachrichtendienst zu arbeiten. Nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland nimmt er Kontakt zu der erwähnten Emigrantenorganisation auf, um vorgeblich für deren Ziele mitzukämpfen. In Wirklichkeit forscht er die Mitglieder, ihre Familienangehörigen, ihre Kontakte und ihre persönlichen Verhältnisse aus und meldet sie den Kontaktleuten in

seinem Heimatland. Aber die finanzielle Hilfe kommt nicht in dem Maße, wie er angenommen hat. Spät, aber noch nicht zu spät, erkennt Willi D., daß er einem "unseriösen Geschäftspartner" in die Hände geraten ist. Über seinen Rechtsanwalt nimmt er Kontakt zur Spionageabwehr auf, die in der Lage war, ihm aus seiner Verstrickung herauszuhelfen.

Ein lohnenswertes Ausspähungsziel scheinen auch hier ansässige Asylanten zu sein:

Herr G. aus einer polnischen Kleinstadt war schon häufiger in der Bundesrepublik Deutschland, um Freunde und Verwandte zu besuchen. Jedesmal fuhr er in seinem Pkw mit vielen Geschenken für Freunde und Bekannte nach Polen zurück, ohne irgendwelche Schwierigkeiten zu bekommen. Im Herbst 1987 änderte sich das. Kaum zurück aus der Bundesrepublik Deutschland wurde er vorgeladen und es wurden ihm eine Reihe von (angeblichen) Zollvergehen vorgeworfen. Seine Einwände, sich immer an die Bestimmungen gehalten zu haben, wurden mit einer bloßen Handbewegung seines Gegenübers abgetan. Ihm wurde vorgehalten, man habe Beweise dafür, daß er Kontakte zu polnischen Staatsangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen habe, die die polnische Regierung bekämpften und er sei verdächtig, diese Tätigkeit unterstützt zu haben.

Herr G. beteuerte immer wieder seine Unschuld, aber ohne Erfolg. Ihm wurde gesagt, daß er in Zukunft nicht mehr ins Ausland reisen dürfe und das ihm ein Gerichtsverfahren drohe, wenn er nicht. . . zu Diensten bereit sei, mit denen er den Beweis antreten könne, daß er ein loyaler polnischer Staatsbürger sei.

Herr G., der ein einfacher Mann war und der sich nie politisch engagiert hatte, sah keinen Ausweg aus der verfahrenen Situation und erklärte sich deshalb bereit, die geforderten Dienste auszuführen.

Sehr bald bekam Herr G. seinen ersten Auftrag. Er durfte wieder in die Bundesrepublik Deutschland fahren. In verschiedenen Großstädten des Ruhrgebietes sollte er Asylantenwohnheime aufsuchen und die Personalien dort wohnender Personen, deren Kfz.-Kennzeichen und persönliche Lebensumstände aufschreiben. Dies tat er nach bestem Können. Er besuchte auch seine Freunde und Verwandten. Denen fiel aber auf, daß sich sein Wesen gegenüber seinem letzten Besuch verändert hatte. Er war still und verschlossen, lachte nicht mehr so viel wie früher und als man ihn darauf ansprach, reagierte er ängstlich. Einer seiner Freunde fragte ihn konkreter und sagte ihm auf den Kopf zu, daß er für den Staatssicherheitsdienst Polens arbeite. Herr G. leugnete dies nicht. Er war froh, über die Geschichte mit einem Freund reden zu können. Schließlich gelangte er an die Spionageabwehr, die ihm einen Weg aus seiner Zwangslage aufzeigen konnte.

5.2.2 Militärspionage

Der Bereich der Militärspionage nimmt den zweiten Rang hinter der politischen Spionage ein. Das Interesse gegnerischer Nachrichtendienste gilt vor allem den Soldaten und zivilen Mitarbeitern, den Objekten von Bundeswehr und NATO sowie den Unternehmen, die mittelbar oder unmittelbar mit der Verteidigung zu tun haben.

Ein Schwerpunkt hat sich 1988 im Bereich der Militärspionage in Nordrhein-Westfalen nicht herausgebildet.

5.2.3 Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage

Die Spionage im Bereich von Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung steht an dritter Stelle der Spionageaktivitäten. Nordrhein-Westfalen ist Standort einer Vielzahl von Unternehmen, Hochschulen und Forschungsstätten von internationaler Bedeutung oder von bedeutendem wissenschaftlichen Rang. Bei den Zielobjekten wurden 1988 Unternehmen und Forschungsstellen für Hochtechnologie bevorzugt. In diesem Bereich versuchten die Staaten des Ostblocks an sämtliche Informationen zu gelangen, die erreichbar waren.

Bereits 1950 haben sich die meisten westlichen Staaten im "Coordinating Committee for East-West-Trade Policy" (COCOM) zusammengeschlossen, mit dem Ziel, westliche Sicherheitsinteressen gegenüber den Ostblockstaaten zu wahren. Im "COCOM" werden deshalb einvernehmlich solche Waren und Technologien definiert und in Kontrolllisten zusammengefaßt, die für militärische Zwecke genutzt werden können und insofern einen Beitrag zum militärischen Potential dieser Staaten leisten würden. Die COCOM-Mitgliedstaaten haben sich dazu verpflichtet, die sogenannten COCOM-Listen einschließlich bestimmter Kontrollverfahren in ihre nationalen Außenwirtschaftsrechtsregelungen zu transferieren und mit Ausfuhrbeschränkungen zu belegen.

Somit gibt es für die Staaten des kommunistischen Machtbereichs nur die Möglichkeit der illegalen Beschaffung der ausfuhrbeschränkten Technologie. Sie vollzieht sich in der Regel über die Nachrichtendienste, deren Mitarbeiter getarnt als Angehörige von diplomatischen und konsularischen Einrichtungen oder von Handelsvertretungen operieren. Insbesondere werden Wirtschaftskontakte zu Warschauer Pakt-Staaten für derartige Aktivitäten ausgenutzt. Der nachrichtendienstlich gesteuerte illegale Technologietransfer geht außerdem von zahlreichen Niederlassungen östlicher Staatshandelsunternehmen oder von sogenannten "Gemischten Firmen" mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland aus. Letztgenannte sind Unternehmen, an denen neben deutschen Partnern östliche Staatshandelsfirmen mehrheitlich beteiligt sind und bei denen die jeweilige Firmenleitung deshalb unter maßgeblichem Einfluß eines östlichen Staates steht. Den bundesdeutschen Geschäftspartnern ist häufig zu Beginn einer derartigen Zusammenarbeit nicht bewußt, mit wem sie verhandeln. Nicht selten sind aber auch die Fälle, in denen den bundesdeutschen Geschäftspartnern der nachrichtendienstliche Zusammenhang zwar klar ist, sie aber dennoch auf Grund lukrativer Verdienstmöglichkeiten über diesen "Schönheitsfehler" hinwegsehen. Auch spielt in diesem Bereich die mangelnde Sensibilität deutscher Geschäftsleute eine gewichtige Rolle. Dies unterstreicht z. B. nachfolgender Fall:

Anläßlich der Leipziger Messe fährt Jungunternehmer Kurt M. erstmals nach Leipzig. Er hat ein kleines Computerunternehmen aufgebaut, aber die erhofften Gewinne bleiben bisher aus. In Gesprächen mit anderen Unternehmern seiner Branche hat er erfahren, daß im Zeichen der politischen Entspannung in Ost und West die Geschäfte mit Ländern des Ostblocks "im Kommen" seien und daß man da den Anschluß nicht verpassen dürfe. In Leipzig bekommt Kurt M. auch schnell Kontakt zu einem Geschäftsmann, der ihn hofiert und mit dem er ins Gespräch kommt. Der neue Gesprächspartner klagt über die schlechte Versorgungslage in der DDR. In seinem Unternehmen stünden moderne Computer, die wegen fehlender Ersatzteile nicht laufen könnten. Als Kurt M. im weiteren Verlauf des Gespräches erfährt, daß es sich bei den fehlenden Ersatzteilen um Sachen handelt, die in der Bundesrepublik tausendfach im Einsatz sind, bietet er sich an, die Ersatzteile schnell und unbürokratisch zu liefern. Die Lie-

ferung erfolgt schnell, die Bezahlung ebenfalls und der Kontakt wird weitergeführt. Kurt M. sieht sich insgeheim schon als bedeutender Geschäftsmann im Ost-West-Handel. Dann bestellt sein neuer Geschäftspartner ein Gerät, das auch auf dem bundesdeutschen Markt nicht so ohne weiteres zu kaufen ist und Kurt M. weist seinen neuen Geschäftspartner beim nächsten Besuch auf die Beschaffungsschwierigkeiten hin. Er verweist auch darauf, daß das Gerät einem Ausfuhrverbot unterliege. Sein Geschäftspartner versucht, ihn doch noch zu diesem Transfer zu bewegen. Als Kurt M. sich konstant weigert, ändert der Gesprächspartner seine Taktik. Schroff weist er den Jungunternehmer darauf hin, daß auch die Ausfuhr der Teile, die er bisher geliefert habe, verboten sei und um dieses Verbot habe er sich bisher wenig gekümmert.

Mit diesen "Hinweisen" versehen fuhr Kurt M. in den Westen zurück, war nun in der Zwickmühle, entweder der ständigen Angst vor Entdeckung ausgesetzt zu sein, aber gut zu verdienen oder "saubere Geschäfte" im Westen zu machen. Er hat sich schließlich für letzteres entschieden und vertrauensvoll an die Verfassungsschutzbehörde gewandt, die ihm aus seiner "Zwickmühle" herausgeholfen hat.

5.3 Aufträge vorbereitender und unterstützender Art

Die Nachrichtendienste der Warschauer Pakt-Staaten sind selbstverständlich nicht so einfalllos, daß sie potentielle "Kandidaten für eine Spionagetätigkeit" fragen, ob sie Spion werden wollen. Die Methoden sind hier schon differenzierter. Zunächst einmal wird geprüft, ob jemand auf Grund seiner Ausbildung oder seines Berufes, seiner Zugangsmöglichkeit oder seines Bekannten- oder Freundeskreises Erfolg verspricht. Darüber hinaus wird erkundet, ob jemand Schwachstellen aufweist, sei es, daß er sich in finanziellen Schwierigkeiten befindet oder es mit der ehelichen Treue nicht so genau nimmt oder aus anderen Gründen erpressbar ist. Diese Informationen "fliegen" den gegnerischen Nachrichtendiensten nicht zu, sondern sie müssen erst einmal festgestellt werden. Der Aufwand, der hierzu betrieben wird, ist um so größer, je interessanter die "Zielperson" ist. Für die Informationsbeschaffung werden auch Agenten gebraucht, die diese Kleinarbeit erledigen. Diese benötigen wenig Ausbildung und rekrutieren sich häufig aus der Vielzahl von Personen, die sich im Ostblock aufhalten und dort mit den jeweiligen Gesetzen und Vorschriften in Konflikt geraten sind.

Der Student Guido S. war mit Freunden über Ostern 1987 nach Berlin gefahren und hat bei dieser Gelegenheit auch den Ostteil der Stadt besucht. Aus Gesprächen wußte er, daß es in Berlin (West) Wechselstuben gibt, bei denen man erheblich günstiger Westmark gegen Ostmark eintauschen kann, als in Ostberlin. Guido tauschte fünfzig DM um. In Ostberlin lernte er dann bei einer Tanzveranstaltung eine hübsche junge Dame kennen. Es entwickelte sich eine Liebesbeziehung, die nicht nur die Osterfeiertage überdauerte.

Guido verbrachte nun seine Freizeit immer häufiger in Ostberlin, nicht ohne jedesmal Geschenke mitzubringen und in Berlin (West) etwas Geld umzutauschen. An einem Sommertag des Jahres 1988 fuhr er wieder einmal nach Ostberlin, aber diesmal wurde er an der Sektorengrenze von DDR-Grenzsoldaten festgenommen. In dem anschließenden Verhör wurden ihm fortgesetzte Devisenvergehen vorgeworfen. Man war bestens über seine Ostberlinbesuche und seine Geldwechsel informiert. Schließlich gab er die Taten zu. Guidos Gegenüber kündigte Gefängnis von mehreren Jahren und selbstverständlich Ende seiner Freundschaft mit der jungen Ostberlinerin an. Seine Beteuerungen, er habe die Strafbarkeit seines Handelns nicht erkannt, nutzten gar nichts. Im

Gegenteil, man fragte ihn, ob er sich über die Staatsorgane der DDR lustig machen wolle, wenn er sie für so naiv halte, das zu glauben. Guido sah keinen Ausweg mehr.

Diesen sah aber ein Mann, der unbemerkt den Raum betreten hatte. Er trug keine Uniform und gab sich freundlich. Guido habe zwar, so der Unbekannte, schwere Verfehlungen begangen, aber entgegen der häufig geäußerten Meinung im Westen, sei man hier sehr menschlich bei jugendlichen Verfehlungen. Dies ginge jedoch nur dann, wenn sich der Betroffene einsichtig zeige und den Willen erkennen lasse, daß er den angerichteten Schaden wiedergutmache. Guido versprach alles und auf die Frage, was er denn tun solle, entgegnete der Unbekannte, seinen guten Willen könne Guido am besten dadurch beweisen, daß er die Friedensarbeit des sozialistischen Lagers aktiv unterstütze.

Nach einigen Fragen zu seinem Studium und seiner Universität kam der Unbekannte zum Kern: Guido solle ihm ein Vorlesungsverzeichnis seiner Hochschule bei seinem nächsten Besuch in die DDR übergeben.

Guido war einverstanden. Als er sein Gesprächspartner nach der etwaigen Bestrafung seiner Freundin fragte und der Mann nur abwinkte, war Guido überzeugt, daß das Schicksal es doch gut mit ihm meinte. Und so hatte er keine Bedenken, einen Zettel zu unterschreiben, in dem etwas von Verschwiegenheit stand. Guido wurde entlassen.

Als er bei seiner nächsten Reise - einige Wochen später - seinen Gesprächspartner erneut traf und ihm das versprochene Vorlesungsverzeichnis vorlegte, bekam er einen neuen Auftrag: Die persönlichen Verhältnisse eines Studenten festzustellen, der an der gleichen Hochschule studierte. Auch dies tat er und er bekam einen neuen, ähnlichen Auftrag.

Aber mit der Zeit kamen ihm Bedenken, zumal seine Freundin in Ostberlin merklich kühler zu ihm geworden war. Dies merkten auch seine "neuen Freunde", und als Guido einmal eine unbedachte Äußerung tat, änderte sich das Verhalten schlagartig. Unmißverständlich machte man ihm klar, daß er sich zu einer nachrichtendienstlichen Mitarbeit verpflichtet und sie auch ausgeführt habe und daß seine Verfehlungen noch nicht vergessen seien. Dies brachte Guido wieder "auf Kurs"; er tat wenigstens so, entschloß sich aber, nicht mehr in die DDR zu fahren. Nach seiner Rückkehr offenbarte er sich der Spionageabwehr.

Gegnerische Nachrichtendienste werben bevorzugt noch in der Ausbildung befindliche Personen, um sie irgendwann später, wenn sie eine interessante berufliche Stellung erreicht haben, für ihre Zwecke zu nutzen (Perspektivagenten). Es kann aber auch sein, daß diese Personen in bestimmte berufliche Positionen gedrängt werden oder daß selbst erreichte Stellungen genutzt werden, weil Informationen aus diesem Bereich interessant erscheinen.

In dem genannten Fall besteht jedoch auch die Möglichkeit, daß der Student nur eingesetzt wurde, um interessante Personen aus dem Hochschulbereich abzuklären. Auch dies ist eine häufig angewandte Arbeitsweise.

5.4 Offenlegung nachrichtendienstlicher Kontakte

Die Nachrichtendienste der Ostblockstaaten betreiben einen erheblichen Aufwand bei der Verfolgung ihrer Ziele. Die Erfahrung vieler Jahre zeigt, daß grundsätzlich alle Institutionen der Länder der kommunistischen Welt Aufträge zur Ausforschung

erhalten, wenn sie Kontakte mit dem Westen knüpfen können. Druckmittel ist hier häufig die Westreiseerlaubnis.

Werbungsversuchen unterliegt auch der Personenkreis, der einen Antrag auf Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland gestellt hat. Nicht selten wird die Ausreiseerlaubnis von einer Verpflichtung zur nachrichtendienstlichen Tätigkeit abhängig gemacht. Verwundert reagieren die Betroffenen dann, wenn nach Ablauf einer Eingewöhnungszeit von östlicher Seite an die Einlösung des gegebenen Versprechens "erinnert" wird. Für die Betroffenen ist dies dann in der Regel sehr unangenehm, weil man geglaubt hat, den östlichen Einflüssen nach der Übersiedlung entkommen zu sein. Deshalb kann nur jedem Übersiedler empfohlen werden, den Verfassungsschutz alsbald von etwaigen Anwerbungen oder Anwerbungsversuchen der östlichen Nachrichtendienste zu informieren. Dies ist der beste Weg, sich aus einer Verstrickung zu befreien und vor der Gefahr zu schützen, zu einem späteren Zeitpunkt von östlicher Seite unter Hinweis auf die Verpflichtung zu einer nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit genötigt zu werden.

Das gleiche gilt im übrigen auch für Bundesbürger, die aus privaten oder geschäftlichen Gründen in den kommunistischen Machtbereich reisen. Auch sie sind östlichen Anwerbungsversuchen ausgesetzt.

In derartigen Fällen ist es wenig sinnvoll zu glauben, man könne sich aus einer solchen Lage selbst befreien. Alleingänge in diesem Bereich sehen nur im Film gut aus, die Wirklichkeit ist aber anders. Der bessere Weg ist, sich unmittelbar nach Rückkehr an den Verfassungsschutz zu wenden und Mitteilung zu machen. Für die Bürger mit Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen ist der entsprechende Adressat:

**Der Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
- Abteilung VI -
Haroldstraße 5
4000 Düsseldorf 1
Telefon: (0211) 8 71-2821.**

6 Maßnahmen im Bereich des Justizministers

Die Justizbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen sind, wie schon in den Vorjahren, auch 1988 in erheblichem Maße mit Strafverfahren, deren Gegenstand Straftaten im Zusammenhang mit extremistischen Umtrieben waren, befaßt worden.

6.1 Verfahren wegen rechtsextremistischer Aktivitäten

Bei den Staatsanwaltschaften des Landes sind im Jahre 1988 insgesamt 1.063 einschlägige Verfahren neu anhängig geworden. In dieser Zeit ist in 236 Verfahren gegen 327 Personen Anklage erhoben bzw. Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls gestellt worden. Rechtskräftig verurteilt wurden 137 Personen; 9 Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen 59 Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt bzw. die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

6.2 Verfahren wegen linksextremistischer Aktivitäten

Wegen Straftaten, deren Ursprung dem Bereich des Linksextremismus zuzuordnen ist, haben die Staatsanwaltschaften im Berichtszeitraum insgesamt 483 Verfahren neu eingeleitet. In der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1988 ist in 53 Verfahren gegen 75 Personen Anklage erhoben bzw. Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls gestellt worden. 54 Angeklagte wurden rechtskräftig verurteilt; 6 Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen 60 Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt bzw. die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

7 Anhang

7.1 Übersicht über erwähnenswerte rechtsexremistische Parteien, neben- und beeinflusste Organisationen sowie deren Presseerzeugnisse

Organisation (einschließlich Sitz)	Mitglieder		Presse (einschließlich Erscheinungsweise und Auflage)
	1988	(1987)	

Deutsche Volksunion (DVU) 8000 München	12.500	(12.500)	"Deutscher Anzeiger" (wöchentlich)
NRW	2.500	(2.500)	
Einschließlich			

Aktion Deutsche Einheit AKON e.V. 8000 München			
--	--	--	--

Aktion Deutsches Radio und Fernsehen (ARF) 8000 München			
---	--	--	--

Initiative für Ausländerbegren- zung (I.f.A.) 8000 München			
--	--	--	--

Volksbewegung für General- amnestie (VOGA) 8000 München			
---	--	--	--

Ehrenbund Rudel (ER)			
-----------------------------	--	--	--

Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur			
---	--	--	--

Deutsche Volksunion - Liste D (DVU-Liste D)	6.000	(2.500)	
NRW	800	(400)	

"Die Bewegung"		(500)	
----------------	--	-------	--

KÜHNEN-Gruppe	200		"Die Neue Front" (monatlich)
NRW	10		
MOSLER-Gruppe	300		
NRW	200	(150)	

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	450	(520)	"FAP-Intern" (monatlich)
NRW	180	(180)	

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG) 4800 Bielefeld	180	(220)	Nachrichten der HNG
NRW	40	(40)	

Junge Nationaldemokraten (JN) 5000 Köln	800	(750)	"Junge Deutsche Stimme" (unregelmäßig) "Junge Stimme" (unregelmäßig)
Landesverband NRW 4630 Bochum-Wattenscheid	120	(120)	

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 7000 Stuttgart	6.400	(6.200)	"Deutsche Stimme" (monatlich) "Neuer Politischer Dienst" (unregelmäßig)
Landesverband NRW 4630 Bochum-Wattenscheid	1.000	(1.000)	"NPD-Landesspiegel Nordrhein-Westfalen" (monatlich)
NRW: 4 Bezirksverbände 54 Kreisverbände			"NPD-Organisationsspiegel Nordrhein-Westfalen" (monatlich)

NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-A0) Lincoln/USA	100	(100)	"NS-Kampfruf" (unregelmäßig)
---	-----	-------	---------------------------------

Nationalistische Front (NF) 4800 Bielefeld	80	(80)	"Klartext" (unregelmäßig)
--	----	------	------------------------------

NRW	40-50	(40-50)	"Nachrichten aus der Szene" (vierteljährlich)
-----	-------	---------	--

Wiking-Jugend (WJ) 5190 Stolberg	400	(380)	"Wikinger" (vierteljährlich)
NRW	100	(100)	

Anmerkung:

Die Aufnahme von extremistisch **beeinflussten** Organisationen in die vorstehende Übersicht bedeutet **nicht**, daß die eigene Zielsetzung einer solchen Organisation als extremistisch zu beurteilen ist.

7.2 Übersicht über erwähnenswerte linksextremistische Parteien, neben- und beeinflusste Organisationen sowie deren Presseerzeugnisse

Organisation (einschließlich Sitz)	Mitglieder		Presse (einschließlich Erscheinungsweise und Auflage)
	1988	(1987)	
Deutsche Friedens-Union (DFU) Landesverband NRW 5000 Köln	1.000 400	(1.000) (400)	"Pressedienst DFU" (unregelmäßig) "DFU betr. Politik" (unregelmäßig) "Pressedienst DFU NRW" (unregelmäßig)
Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) NRW	11.000 3.700	(11.000) (4.300)	"nrw-postille" (unregelmäßig)
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Partei Vorstand: Prinz-Georg-Str. 79 4000 Düsseldorf	35.000	(38.000)	"Unsere Zeit" (UZ) Tagesausgaben: 21.000 Wochenendausgaben: 39.000 "DKP-Pressedienst" (täglich) "Marxistische Blätter" (monatlich) "Nachrichten" - für Gewerk- schaftsfunktionäre (monatlich)
Zentrale Einrichtungen "Institut für Marxistische Studien und Forschungen" 6000 Frankfurt/Main			

"Verein zur Förderung der Forschung und des Studi- ums der Sozialwissenschaf- ten e.V."			"PRAXIS" (zweimonatlich)
6000 Frankfurt/Main "Karl-Liebknecht-Schule" 5090 Leverkusen Marxistische Arbeiter- Bildung e.V. (MAB) Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus 5600 Wuppertal			"Probleme des Friedens und Sozialismus" - deutschsprachige Ausgabe der in der CSSR hergestell- ten Schrift - (monatlich) "infodienst" - für DKP- Betriebszeitungen, Wohn- gebiets- und Hochschulzei- tungen (unregelmäßig)
"Marx-Engels-Stiftung e.V." (früher: "Friedrich-Engels- Zentrum") 5600 Wuppertal			
Bezirk Ruhr-Westfalen Hoffnungstr. 18 4300 Essen	6.200	(6.500)	
Bezirk Rheinland-Westfalen Ackerstr. 3 4000 Düsseldorf	5.300	(5.500)	
NRW: 45 Kreisorganisationen ca. 160 Betriebs- und Hochschulgruppen ca. 360 Wohngebiets- gruppen			ca. 80 Kreis- und Stadtteil- zeitungen ca. 90 Betriebs- und Hoch- schulzeitungen
Junge Pioniere (JP) 4600 Dortmund Landesverband Ruhr-Westfalen 4300 Essen	3.000	(4.000)	"pionier" (monatlich) "Pionierleiter-Info" (monatlich)
Landesverband Rheinland- Westfalen 5000 Köln			"Mach-mit-Reihe" (unregelmäßig)
Marxistische Gruppe NRW	3.000 250	(1.800) (250)	"Marxistische Arbeiterzeitung" (MAZ) "Marxistische Hochschulzei- tung" "MSZ-Gegen die Kosten der Freiheit" (Zentralblatt) (monatlich)
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 4300 Essen	1.300	(1.300)	"Rote Fahne" (10.000 wöchentlich)
NRW	600	(600)	

Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus (MSB) 5300 Bonn NRW	3.500 950	(5.000) (1.400)	"rote Blätter"
Sozialistische Deutsche Arbeiter- jugend (SDAJ) 4600 Dortmund Landesverband Ruhr-Westfalen 4300 Essen Landesverband Rheinland- Westfalen 5000 Köln NRW	6.500 2.000	(15.000) (4.600)	"elan" (inoffiziell) (35.000 monatlich) "Treffpunkt Gruppenleiter" (monatlich) örtliche Zeitungen örtliche Zeitungen
Vereinigte Sozialistische Partei (VSP) 5000 Köln NRW	450 180	(500) (200)	"Sozialistische Zeitung" (SOZ) (2.500 vierzehntägig)

Anmerkung:

Die Aufnahme von extremistisch **beeinflußten** Organisationen in die vorstehende Übersicht bedeutet **nicht**, daß die eigene Zielsetzung einer solchen Organisation als extremistisch zu beurteilen ist.